

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

4 / 2004



Foto: Heinz

Berliner Perspektiven

Das Personalseminar der Akademie führte in die Hauptstadt und eröffnete völlig neue Perspektiven.

Seite 26-27

Der Mythos von den Leistungseliten

Das neue Interesse an Elitenförderung hat etwas mit der Hoffnung auf verbesserte Zukunftschancen unseres Landes zu tun. Sinnvollerweise muss dann auch über die Maßstäbe diskutiert werden, die an die verschiedenen Funktionseliten anzulegen sind. Die Tagung unter der Leitung von Michael Piazzolo und Jürgen Weber gab Anlass zu kontroversen Debatten unter den Teilnehmern und Referenten.

Seite 10-13

Ölkrisen und kein Ende?

Die Ölpreisseigerungen der letzten Monate haben es erneut drastisch vor Augen geführt: Die internationalen Energiemarkte – für das reibungslose Funktionieren nationaler wie internationaler Wirtschaft von essentieller Bedeutung – präsentieren sich nach wie vor störanfällig. Haben wir aus den Energiekrisen früherer Jahrzehnte nur wenig gelernt? Die Akademie hatte Experten eingeladen, um mit ihnen die langfristigen Perspektiven der Energiepolitik im internationalen System zu diskutieren.

Seite 3-5

Weitere Themen im Heft:

20 Jahre Dualer Rundfunk
(K)ein Grund zum Feiern?

Seite 6-9

Mein Weg zum 20. Juli
Philipp von Boeselager berichtet über die Einsamkeit des Widerstands.

Seite 16-17

„Operationsgebiet BRD“
Die Bonner Republik nicht im Griff, aber im Blick der Stasi.

Seite 18-20

Antastbare Menschenwürde
Wann beginnt das menschliche Leben?

Seite 14-15



Europa im Umbruch

Europa-Informationen aus erster Hand gab es für Nachwuchsjournalisten aus Niederbayern und der Oberpfalz bei einer Informationsreise nach Brüssel. Neben politischen Gesprächen über den EU-Beitritt der Türkei, den Haushalt und die Zukunft der regionalen Strukturfonds stand auch ein Besuch in der neu eröffneten Bayerischen Landesvertretung auf dem Programm. Europa-Minister Eberhard Sinner empfing die Gruppe.

Seite 21-22



Als „Neuwahnstein“ schon am ersten Tag so bekannt wie die Königsschlösser: die neue Bayerische Landesvertretung im Herzen des Brüsseler Europa-Viertels in unmittelbarer Nähe des Parlaments (im Hintergrund).

Foto: Bayer. Vertretung

Inhaltsverzeichnis

Von einer Ölkrise zur nächsten?	3
<u>20 Jahre Dualer Rundfunk:</u> „Pilcherisierung und Kriminalisierung“ auf dem Vormarsch	6
Eliten in Deutschland – Problem oder Problemlöser?	10
„Die Würde des Menschen war unantastbar“	14
<u>Akademiegespräch im Landtag:</u> 20. Juli 1944: Aufstand des Gewissens	16
<u>Stasi-Unterlagen:</u> „Operationsgebiet BRD“	18
„Europa hat ein Gesicht bekommen“	21
Tee trinken mit dem Teufel	23
Stationen eines Umbaus	25
In der Werkstatt der Deutschen Einheit	26
Zeitungsecho – Medienstimmen – Pressesplitter	28
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	33
Themen – Tagungen – Termine	36
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	40

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
Siegfried **Kett**

Kollegium:
Prof. Dr. Peter **Hampe**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Saskia **Hieber**
Internationale Politik

PD Dr. Michael **Piazolo**, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**
Ethik und Politik

Organisationsreferat:
Elke **Leisching**
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter

(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH

Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Von einer Ölkrise zur nächsten?

Optionen und Probleme der Energiepolitik

Die Ölpreissteigerungen der letzten Monate haben es erneut drastisch vor Augen geführt: Die internationalen Energie Märkte – für das reibungslose Funktionieren nationaler wie internationaler Wirtschaft von essentieller Bedeutung – präsentieren sich nach wie vor störanfällig. Haben wir aus den Energiekrisen früherer Jahrzehnte nur wenig gelernt? Die Akademie hatte Experten eingeladen, um mit ihnen die langfristigen Perspektiven der Energiepolitik im internationalen System zu diskutieren.

Als Energiequelle der Zukunft wird die Ressource Erdöl entscheidend an Bedeutung verlieren. Die Angebotsverknappung ist absehbar und eine verschlechterte Situation auf den Weltenergiemarkten die Folge – mit dieser These stimmten nahezu alle Referenten überein. Keinen Konsens gab es hingegen über mögliche Lösungsstrategien und den Zeitraum, in dem die Ressourcenverengung eintreten wird.

Neue Wege

Als Vertreter des Bundesumweltministeriums verteidigte Martin Schöpe zunächst die Neujustierung der deutschen Energiepolitik. Als Reaktion auf den Klimawandel und den Ausstieg aus der Kernenergie hätte die Regierung einen grundsätzlich neuen Weg eingeschlagen: Als Eckpunkte nannte Schöpe das Ziel einer gesteigerten Energieeffizienz und die intensivere Nutzung erneuerbarer Energien. Dies gelte sowohl für den Transportsektor wie für den Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung. Durch eine Vielzahl von Instrumenten würden regenerative Energien bereits jetzt intensiv gefördert. So biete das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ eine Abnahmegarantie für Stromproduzenten, während die Market-Incentive-Programme durch Darlehen den Einsatz regenerativer Energien begünstigten. Mit Hilfe dieser Maßnahmen soll ein Anstieg des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung von heute 8 auf 12,5 Prozent im Jahr 2010 und nochmals auf 20,0 Prozent im Jahr 2020 erreicht werden. Auch der Rückgang des Strompreises sei damit intendiert. Wenngleich die Wasserkraft im Be-

reich der regenerativen Energien bislang den größten Anteil stelle, so werde ihr dort in Zukunft die Windenergie – aufgrund technischer Fortentwicklungen – vermehrt den Rang ablaufen.



Martin Schöpe: Neujustierung der deutschen Energiepolitik

Fotos: Weber

Engpässe bei der Ölversorgung

Klaus-Dietmar Jacoby, der Leiter der Planungsbehörde der Internationalen Energie Agentur (IEA), stellte vor allem die Pläne kurzfristigen Krisenmanagements und die langfristige Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt. Jacoby zufolge sind die Krisenmaßnahmen der IEA in der Vergangenheit durchaus in der Lage gewesen, alle auftretenden Versorgungsstörungen auszugleichen. Die Instrumente reichen von Nachfrageeinschränkungen

und dem kurzfristigen Umstieg auf alternative Energieträger bis hin zur Ölbevorratung und einer Steigerung der heimischen Produktion. Allerdings werde, so Jacoby, von künftigen Versorgungsgängen insbesondere der Transportsektor betroffen sein. Erdöl könne dort kurzfristig nicht ersetzt werden. Zudem bestehne generell, nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden terroristischen Bedrohung für Transportwege und Infrastrukturen, ein latentes Risiko für die Versorgungssicherheit beim Erdöl.

Fehlprognosen

Jörg Schindler, Geschäftsführer der Ottobrunner L-B-Systemtechnik GmbH, stimmte mit Jacoby über den längerfristigen Anstieg des Ölpreises zunächst überein. Doch klarer Dissens herrschte über die primären Ursachen



Jörg Schindler: Höhepunkt der Ölförderung bereits überschritten

und den zeitlichen Rahmen der Entwicklung: Während Jacoby im wachsenden Energiebedarf des asiatischen Raums und der Entwicklungsländer die Hauptursache der künftigen Ölverknappung ausgemacht hatte und die eigentlichen Probleme erst für die Zeit nach 2030 erwartete, ging Schindler von einem viel früheren Zeitpunkt aus: Seiner Ansicht nach ist der Höhepunkt

der Ölförderung bereits überschritten. Schon jetzt sei die Erdölförderung Englands in der Nordsee rückläufig; England habe sich von einem Ölexport- zu einem Ölimportland gewandelt. Außerdem warf Schindler der IEA sowie anderen internationalen Institutionen eklatante Fehlprognosen über das Vorhandensein förderungsfähiger Erdöllressourcen vor: Die letzten großen Ölfunde seien bereits erfolgt. Im Tiefseebereich würden große Ölfelder nur noch mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit existieren und die Förderung sei, aufgrund des hohen Kostenaufwands, kaum noch rentabel.

Halbherzige Umsetzung

Vor dem Hintergrund des Irakkriegs und der Befürchtungen einer erneuten Ölkrisse stand die Frage „Haben wir aus der ersten Ölkrisse ausreichend gelernt?“ im Zentrum. Wenngleich Hans-Joachim Ziesing vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin die Frage größtenteils bejahte, verwies er doch auf zahlreiche, weiterhin bestehende Problemfelder,

Die Ölkrisen der 70er und 80er Jahre hätten zu einer Reihe von politischen Reaktionen geführt, auf internationaler Ebene etwa durch die Bildung der IEA seitens vieler Industriestaaten,



Hans-Joachim Ziesing: große Potenziale nur partiell genutzt

angefangen bei Australien, über Japan, den USA bis hin zu den meisten EU-Staaten. Im nationalen Kontext sei die Verabschiedung mehrerer Energiepro-

gramme durch die Bundesregierung zu nennen. Waren diese Maßnahmen anfangs noch rein angebotsorientiert, so sei später auch die Nutzung und Förderung erneuerbarer Energien als Schwerpunkt hinzugekommen. Zudem konnte die Energieeffizienz gesteigert werden. Noch immer sei Deutschland aber stark von Energieimporten abhängig und es dominiere nach wie vor ein hoher Anteil an fossilen Energieträgern. Ziesing beklagte deshalb die nur halbherzige Umsetzung von längst vorliegenden Erkenntnissen: Die großen Potenziale in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbarem Energieeinsatz würden nur partiell genutzt. Die Gründe sieht er in der begrenzten Fähigkeit und Umsetzungskapazität der Politiker und den höchst einflussreichen, politisch widerstrebenden Interessengruppen.

„Kurzfristhorizonte“

Mit dieser These rannte Ziesing bei Eberhard Jochem vom Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung offene Türen ein: Die



Karikatur: Tomaschoff

nachhaltige Energieverwendung stehe „im Widerspruch zum Zeitgeist der Kurzfristhorizonte“, so Jochem. „Markt-Kommerz und politisches System stabilisieren sich wechselseitig auf Kurzhorizonte und Ressourcenverbrauch“. Jochem erklärte die rationellere Energienutzung zur bisher „verdrängten Handlungsoption“. Sowohl im Bereich der Produktion wie im Alltagsgebrauch liege ein großes, zu weiten Teilen ungenutztes Einsparpotenzial brach. In einer gesteigerten Energieeffizienz sah er überdies die einzige Möglichkeit, um die zunehmend schwieriger werdenen Reduktionen der CO₂-Emissionen zu erzielen. Es gebe eine Vielzahl von Möglichkeiten indirekter Energieeinsparung durch den nachhaltigen Umgang mit energieintensiven Materialien – Recycling, Werkstoffsubstitution oder Nutzungsintensivierung nur als Stichworte. Um eine stärkere Ausschöpfung des Potenzials zu erreichen, wäre Jochems Ansicht zufolge, der Abbau schädlicher Subventionen, die Internalisierung externer Umweltkosten, sowie der Aufbau von Netzwerken notwendig. Insbesondere durch Netzwerkstrukturen könnten die Sach-, Informations- und Entscheidungskosten reduziert und eine bleibende Aufmerksamkeit für die Energiesenkung durch gemeinsame Reduktions- und Effizienzziele geschaffen werden.

Plädoyer für Kernenergie

Galt dem Großteil der Referenten die Nutzung erneuerbarer Energiequellen als wichtiger Beitrag zur Lösung künftiger Engpässe, so vertrat Alfred Voss von der Universität Stuttgart eine völlig gegenteilige Position: Die erneuerbaren Energien könnten, so Voss, keinen ausreichenden Beitrag zur Stromerzeugungsstruktur leisten. Der Ersatzbedarf, der durch den Wegfall der Kernenergie und der Verknappung der Erdölressourcen entstehe, sei nicht ansatzweise zu kompensieren. Nicht

zuletzt aufgrund der Entwicklungsperpektiven der Kraftwerkstechnik sieht er vielmehr eine Renaissance der bewährten Energieträger: Es stehe eine Steigerung des Wirkungsgrads, eine erfolgreiche CO₂-Abscheidung, sowie eine höhere Sicherheit bei Kernkraftwerken in Aussicht.



Axel Berg plädiert für den Ausstieg aus der Kernenergie



Hans Spitzner: Kontroverser Schlagabtausch über die energiepolitischen Konsequenzen

Wenngleich die erneuerbaren Energien ebenfalls Steigerungspotenziale besäßen, würden sie im Vergleich zu Kohle, Gas und Kernenergie weitaus höhere Vollkosten bei der Stromerzeugung verursachen. Gleches gelte für die Erreichung der Treibhausgasminderungsziele. Auch dort fielen bei einer Präferenz für erneuerbare Energien oder der Clean-Coal-Technologie wesentlich höhere Kosten an. Demgegenüber seien bei einem Ausbau der Kernenergie sogar Einsparungen möglich.

Tagungsleiterin Saskia Hieber vertrat die Ansicht, dass der Energiebedarf Chinas zurzeit noch keine Bedrohung der internationalen Energiemarkte bedeute. Öl spielt in Chinas Energiestruktur nicht die Hauptrolle (max. 30 Prozent). Den Großteil der chinesischen Energiestruktur mache die Kohlenutzung aus, wozu ausreichende und zum Großteil ungenutzte Vorräte zur Verfügung stehen. Hinzu komme, dass Chinas Energiepolitik sowohl die Entwicklung eigener Öl- und Gasproduktionen, eine Diversifizierung von Energieträgern, sowie Maßnahmen der Energieeinsparung und Effizienzsteigerung zum Ziel habe. Dennoch gelte

es zu bedenken, dass insbesondere der Ölverbrauch im Transportsektor stark ansteigen werde. Um den zunehmenden Bedarf zu decken, würden in Zukunft auch erhöhte Ölimporte erforderlich sein.

Politische Kontroversen

Lebhaft und kontrovers ging es zu, als Hans Spitzner, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium und Axel Berg, stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, über die energiepolitischen Konsequenzen stritten. Während Spitzner für eine Mischung der Energieformen plädierte und dabei den Einsatz von Kernenergie und fossilen Brennstoffen ausdrücklich als wichtige integrale Bestandteile eingeschlossen wissen wollte, verteidigte Berg vehement den Ausstieg aus der Kernenergie: Keine Reaktorlinie erfülle bislang die Bedingung, bei einem Unfall die Folgen allein auf das AKW selbst zu begrenzen; zudem müssten viele alte Kraftwerke ohnehin bald ersetzt werden.

Ungenutzte Potenziale

Keinen Konsens gab es auch bei der Förderung der erneuerbaren Energien: Während Spitzner die starke Subventionierung seitens der Bundesregierung scharf kritisierte und demgegenüber eine „agierende Forschungsförderung“ forderte, widersprach Berg der Befürchtung, Forschung und Entwicklung würden vernachlässigt. Beide stimmten allerdings darin überein, dass die Potenziale der Energieeinsparung bisher größtenteils ungenutzt geblieben sind und infolgedessen auf dem Gebiet der Energieeffizienz noch viele Anstrengungen notwendig seien. ■

Marije Weber/Thomas Schölderle

20 Jahre Dualer Rundfunk:

„Pilcherisierung und Kriminalisierung“ auf dem Vormarsch

Experten suchen den Standort des öffentlich-rechtlichen Systems
zwischen Qualität und Quote

In Deutschland lebt inzwischen eine Generation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mit dem Nebeneinander von kommerziellem und öffentlich-rechtlichem Fernsehen aufgewachsen ist. Vor etwas mehr als 20 Jahren – am 1. Januar 1984 – fiel in Ludwigshafen der Startschuss für das private Fernsehen und damit für das duale Rundfunksystem. Was auf kleinen Ka-

belinseln begann und zunächst nur wenige Zuschauer und Zuhörer erreichte, wurde schon bald als „Urknall“ in der westdeutschen Medienlandschaft bezeichnet. Inzwischen ist ein Sender der ersten Stunde – RTL – seit Jahren unangefochtener Marktführer im Fernsehen. Die Nutzungsgewohnheiten des Publikums sowie die Programme haben sich in den letzten 20 Jahren qualitativ und quantita-

tiv stark verändert. Neue Programmformen und Formate haben sich etabliert und Angebot und Nachfrage bei allen Sendern beeinflusst. Die Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Münchener Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR) spürte den Entwicklungen der Vergangenheit nach und versuchte gleichzeitig, die Zukunftstrends zu ergründen.

Unterhaltungsmaschine Fernsehen

MAR-Sprecher Walter Hömberg, Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt, konstatiert



Walter Hömberg: „Die Familie, Tainment“ wächst und wächst.“

te zu Beginn einen „Formatwechsel“. Er erkennt Magazine und Serien als Programmelemente, die die „neue Unübersichtlichkeit (Habermas)“ wieder sortieren helfen sollen. Beide sind Instrumente der Zuschauerbindung und wurden bald flächendeckend einge-

setzt. Das Testbild als Ruhepol für meditativ veranlagte Zuschauer verschwand vom Bildschirm, gesendet wurde rund um die Uhr. Deutsche Produktionen aus dem Arzt-, Juristen- und Förstermilieu ersetzten mit zunehmender Finanzkraft der Privaten die amerikanischen Vorbilder. Deswegen stellte Hömberg in seiner Rückschau fest: „Das Fernsehen mutiert immer mehr zu einer gigantischen Unterhaltungsmaschine“: „Trends in Richtung Unterhaltung zeigen sich heute in vielen weiteren Programmarten. Das Entertainment hat längst eine große Geschwisterschar bekommen: Servotainment, Edutainment, Scientainment, Emotainment, Politainment, Histotainment, Militainment gar. Die Familie „Tainment“ wächst und wächst und wächst.“

Die Veränderungszyklen der Formate laufen immer schneller, ihre Halbwertszeit wird immer kürzer. Viele so genannte Innovationen erweisen sich indes als junger Wein in alten Schläuchen – siehe die Quizsendungen. Dann spricht man modisch von „Retrotrends“. Aber es gibt auch einen Schichtwechsel der Medienprominenz. Längst sind gepflegte Konversationsrunden zu „Brüll-Shows“ und „Kon-

fro-Talks“ verkommen und Containerbewohner füllen die Schlagzeilen der Boulevardmedien.

Die Expansion des Angebots führt dazu, dass selbst der „Vielseher“ rigide auswählen muss. Die meisten Bundesbürger hatten Ende 2003 im Durchschnitt 41 Fernsehprogramme zur Auswahl. Die durchschnittliche Sehdauer der über 14-Jährigen betrug 217 Minuten, also gut dreieinhalb Stunden.

„Pilcherisierung und Kriminalisierung“

Auf bedenkliche Entwicklungen der letzten Jahre wies Karl-Otto Saur hin, früher Medienredakteur bei der „Süddeutschen Zeitung“ und beim „Spiegel“, jetzt Produzent. Er erinnerte an Sternstunden des öffentlichen Fernsehens mit Dokumentarfilmen von Eberhard Fechner wie „Nachrede auf Klara Heydebreck“ oder „Comedian Harmonists“. Er vertrat die These, dass solche Produktionen heute nicht mehr machbar seien: „Die Beschleunigung des Mediums lässt so etwas kaum noch zu.“ Er beklagte, dass die beobachtete Kommerzialisierung vor den öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht Halt mache und diagnostizierte den Nieder-

gang der professionellen Moral auf allen Seiten. Als Beispiel nannte Saur Kino-Magazine, die sich von Werbe-Trailern nicht mehr unterscheiden ließen. Er fürchte, dass der Gipfel der Geschmacklosigkeit noch nicht erreicht sei: Schadenfreude und Zynismus beherrschten die Talkshows wie „Vera am Mittag“. Nachrichten würden immer mehr popularisiert und entpolitisirt. „Die Tagesschau läuft praktisch an den 14-49-Jährigen vorbei, ebenso die Fernsehfilme. Dagegen versammelt Stefan Raab fast alle Zuschauer dieser Altersgruppe vor dem Bildschirm.“ Saur sieht eine zunehmende Generationenklüft bei der Programmnutzung. Es gebe zwar eine beträchtliche Qualitätssteigerung bei Fernsehfilmen, „es merkt nur keiner!“ Andererseits sei aber auch eine „Kriminalisierung und Pilcherisierung“ des öffentlich-rechtlichen Fernsehfilms zu verzeichnen.

Der Fernsehforscher Udo Michael Krüger, der seit 1985 die Programmsparten der Sender analysiert, konnte berichten, dass die Zahl der in Deutschland durchschnittlich empfangbaren Sender von 10 im Jahr 1985



Fernsehforscher Udo Michael Krüger sieht keine Konvergenz zu Lasten von Qualität und Information.

auf 40 im Jahr 2004 gestiegen sei. Die Marktanteile der Großen ARD, ZDF, RTL und SAT1 hätten sich im wesentlichen bei rund 14 Prozent angeglichen. RTL sei seit 1993 Marktführer. Das Spartenprofil von ARD und ZDF habe sich in den letzten 20 Jahren immer mehr zur Information hin aus-

geprägt (es liegt heute bei etwa 46 Prozent). Auch bei den Privaten ist es von 15 auf 22 Prozent gestiegen. Der Unterhaltungsanteil sei von ursprünglich 78 auf 55 Prozent gesunken. Dagegen werde der Werbeanteil immer größer. So dauert der Spielfilm „Pretty Woman“ im kommerziellen Fernsehen wegen der Werbeunterbrechungen 44 Minuten länger als im Original. Hin-



Karl-Otto Saur: „Schadenfreude und Zynismus beherrschen die Talkshows.“

ter diesen Zahlen steckt bei RTL eine Abnahme der fiktionalen Unterhaltung und mehr Sport und Werbung. ProSieben habe seine Fiktionlastigkeit ab- und Information ausgebaut. Man müsse allerdings genau hinschauen, welche Sendungen unter der Rubrik Information laufen, so z.B. „Frauentausch“ und „Popstars“. SAT1 würde in der Hauptsendezeit vergleichsweise am wenigsten Information senden. Krügers Fazit: Es gebe keine Konvergenz zu Lasten von Qualität und Information oder gar Funktionsverluste des öffentlich-rechtlichen Programms und ARD und ZDF sollten sich ihr Programm nicht schlecht reden lassen.

Camille Zubayr von der ARD-Programmforschung konnte zur These vom „Zeitsauger Fernsehen“ beitragen, dass die durchschnittliche Programmnutzung pro Tag seit 1988 um rund eine Stunde gestiegen sei. Die Nachfrageerhöhung gebe es nicht nur, aber vor allem im Osten Deutschlands. Wichtiger als die Herkunft sei aber das Alter: die über 65-Jährigen würden rund 66

Minuten länger schauen als vor 15 Jahren, Kinder bis 13 nur 15 Minuten mehr. Ferner seien die Faktoren „mehr Sender, mehr Programmstunden und bessere Empfangstechnik“ für die Steigerung verantwortlich. Das höhere Angebot erhöhe die Nachfrage.



Camille Zubayr von der ARD-Medienforschung brachte neueste Daten mit in die Tagung.

In drei Panels wurden drei Fernsehformate intensiv mit Experten diskutiert: Nachrichten (Ex-„Report“-Chef Heinz Klaus Mertes), Fernsehspiele (Regisseur Oliver Storz) und neueste Formen des „Ekel-TV“ (Jugendschutzreferentin Verena Weigand von der Bayerischen Landesmedienzentrale).

Trend zum Newskanal

Mertes machte „Mega-Trends“ bei Fernsehnachrichten aus: Nachrichten sind die „Lagerfeuer“ der öffentlich-rechtlichen und privaten Vollprogramme. Die täglichen Nachrichtensendungen binden die größten Zuschauerpotenziale. Sie schaffen Markenprofil, Image und Werbewert. Nur als tages- und lebensbegleitendes News-System sind sie konkurrenzfähig. Deswegen ist aus der „Einzelauflösung“ eine „24-Stunden-Pipeline“ geworden. Die Fülle und Verfügbarkeit des Nachrichtenangebots ist im dualen System enorm gewachsen. Der Trend zum Newskanal geht laut Mertes weiter.

Die „Qualitätsspirale“ dreht sich. Die journalistische Reaktionsfähigkeit und Vorort-Präsenz hat durch moderne Satellitentechnik enorm zugenommen. Sie stellt hohe Anforderungen an die Live-Professionalität der Reporter und Korrespondenten. Schnelligkeit ist

zum Wettbewerbsfaktor geworden. Exklusivität sei eher auf dem Rückzug: der Rohstoff für die Nachrichtenthe men sei inhaltlich und von den Bildern her weithin identisch. Variation und Wettbewerb gebe es vor allem bei der Präsentation, dem Design und der Mischung. Professionell haben sich die Programme angeglichen, inhaltlich überwiege die Konformität.

In der Formatentwicklung der Privaten dominiert der Zusammenfall von Ereignis- und Themenberichterstattung. „Korrespondentenschalten“ würden weitgehend als Kommentarersatz gesehen. Der „Mainstream“ habe gegen die „Polarisierung“ gesiegt. Auch bei den öffentlich-rechtlichen Sendern seien moderierte Sendungen auf dem Vormarsch. Die Marke „20-Uhr-Tage schau“ bleibt die Ausnahme. Mertes' Fazit: „Der Wettbewerb im dualen

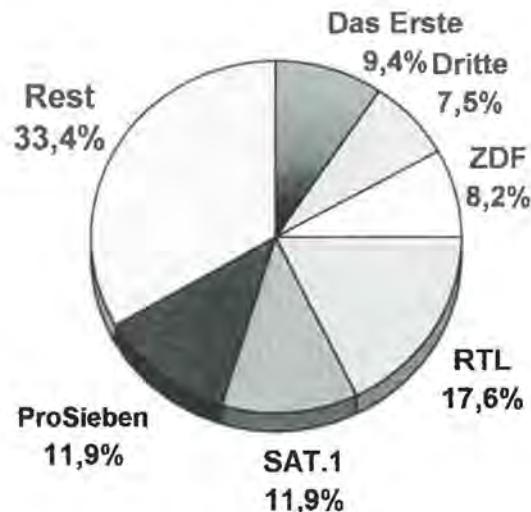
System hat die journalistische Qualität der Nachrichtensendungen professionalisiert. Konvergenz und Homogenität gehen vor Pluralität. Der Reichweitedruck der Privaten fördert die Ausgewogenheit. In der Zuschauerakzeptanz auf der Basis tatsächlicher oder angenommener Nachrichtenkompetenz bleiben die öffentlich-rechtlichen Systeme dauerhaft führend.“ Seine Thesen von der Konkurrenz, die das Geschäft belebt und die Qualität verbessert, traf auf Widerspruch beim Fachpublikum. Manche gaben zu bedenken, dass die Schnelligkeit und der Kampf um Quoten und Bilder immer öfter zu Lasten der Qualität ginge. Immer wieder wurde eine „neue Langsamkeit“ gefordert, die ein Reflektieren und Nachdenken über Inhalte und Bilder ermögliche, bevor sie gesendet werden.

Entmündigung des Zuschauers

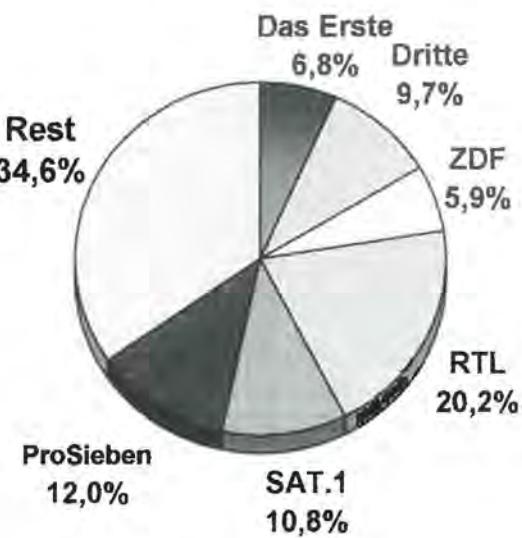
Weniger optimistisch als Mertes zeigte sich der Autor und Regisseur Oliver Storz beim Themenfeld „Fernsehspiel“. Der mehrfach preisgekrönte Filmemacher (zuletzt „Im Schatten der Macht“) beklagte einen „Niedergang des Ästhetischen“, hervorgerufen durch Kommerzialisierung und Quotenkampf: „Das Gesamtniveau lässt nach. Die Quote zählt – nicht ästhetische Qualität.“ In den Fernsehspielredaktionen der öffentlich-rechtlichen Sender gebe es eine „Emotion der Angst, die Neugier und Experimentierfreude tötet.“ Storz beklagte eine „Entmündigung und Geringschätzung des Zuschauers“ und immer häufiger würden ihn Redakteure auffordern, „für 20.15 statt für 23.00 Uhr zu drehen.“

Marktanteile ausgewählter Programme 2003 - bei Zuschauern zwischen 14 und 49 Jahren -

Westdeutschland



Ostdeutschland



Quelle: AGF/GFK; PC#TV, ARD-Medienforschung Camille Zubayr

„Banalisierung und Brutalisierung“ in steigendem Maß verzeichnet die Jugendschutzreferentin der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien und Leiterin der Stabsstelle bei der Kommission für Jugendmedienschutz, Verena Weigand. Die Zahl der Beschwerden und beanstandeten Fälle nehme zu – auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei betroffen. Ihre Prognose: die Real-Life- und Psycho-Formate werden mehr. Für die Container-Show „Big Brother“ gebe es immer weiter verschärzte Regeln und demnächst eine „Lebenslang-Version“. In Sendungen, in denen Leute mit Horrornachrichten zu Tode erschreckt und dicke Menschen gegen Geld verheiratet werden, stünde die Menschenwürde zur Disposition und wird zur Ware, über die der Einzelne beliebig verfügen kann.

Jagd nach Exklusivität

In der Schlussdebatte wies auch der stellvertretende Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, Andreas Bönte, auf die Gefahr hin, dass bei der Jagd nach exklusiven Bildern und der Frage, wer der Schnellste sei, Hintergrundinformationen verloren gehen. Sein Kollege Volker Szezinski, Leiter der Programmplanung bei SAT1 wünschte sich mehr „Reflexionsruhe“ angesichts der immer schneller werdenden Technik. Die Medienjournalistin und souveräne Moderatorin der Runde, Sissi Pitzer, forderte, man solle doch öfter einfach mal zugeben, dass „man nichts weiß“, statt die Kamera draufzuhalten und uninformede und überforderte Korrespondenten zu nichtssagenden Statements zu nötigen. Hans-Jürgen Jakobs, Leiter des Medienressorts bei der „Süddeutschen Zeitung“ ergänzte, es ginge nicht darum, der Erste zu sein: „Rechtzeitig berichten ist wichtig.“ Und Oliver Storz lob-



Wolfgang R. Langenbucher: „Sport gehört nicht zu den Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.“



Oliver Storz und Johanna Haberer beklagten einen „Niedergang des Ästhetischen“, hervorgerufen durch Kommerzialisierung und Quotenkampf.

Fotos: Schröder/Heyer

te das Radio: „Wenn es bei einem Sprengstoffanschlag in Bagdad 60 Tote gegeben hat, brauche ich die zerfetzten Leiber nicht sehen. Die Information im Radio reicht mir. Beim Fernsehen geht es nicht um das Informationsbedürfnis, sondern um das Glotzbedürfnis des Publikums!“

Wenig Freunde machte sich der Wiener Medienprofessor Wolfgang R. Langenbucher, als er die These vertrat, teure Sportveranstaltungen hätten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nichts verloren. Andreas Bönte hielt dagegen: „Sport ist Teil des öffentlichen Lebens. Wenn wir uns nur noch um Randthemen kümmern, fragen die Leute zurecht, wofür nehmst ihr noch Gebühren?“

Beim Geld und der aktuellen Gebührendiskussion kritisierte Hans-Jürgen Jakobs die öffentlich-rechtlichen Anstalten. Er forderte ein Ende der teuren Überbürokratisierung und wagte die These, ARD und ZDF sei die Orientierung abhanden gekommen. Ange-



Sissi Pitzer: „Journalisten sollten öfter einfach mal zugeben, dass sie nichts wissen.“

sichts der Position des SAT1-Vertreters Szezinski („Mich interessiert nur die werberelevante Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen“) warnte Jakobs vor dem „Ausklammern der älteren Generation“ im Programm. ■

Michael Schröder

(Siehe Presseschau Seite 31-32)

Eliten in Deutschland – Problem oder Problemlöser?

Wer gehört in Deutschland zur Elite? Aus welchen Elternhäusern kommen die Führungsgruppen in Wirtschaft und Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Justiz, Kultur, Gewerkschaften, Verbänden und Massenmedien? Welche Ausbildungen und welche Karrierewege führen in die – der Potsdamer Elitestudie von 1997 zufolge – rund 4000 höchsten Entscheidungspositionen in Deutschland? Ist die nationale Führungsschicht eine geschlossene Gesellschaft, die nur Personen mit elitärer Herkunft und entsprechenden Wertorientierungen kooptiert? Oder ist die Positionselite offen für Aufsteiger aus unteren Sozialschichten und Personen mit neuen, unkonventionellen Einstellungen zu Politik und Gesellschaft?

Solche Fragen, ursprünglich mehr in den engeren Zirkeln von Sozialwissenschaftlern diskutiert, interessieren seit geraumer Zeit auch eine breite Öffentlichkeit in unserem Land. Warum ertönt neuerdings in Deutschland immer häufiger der Ruf nach Eliteförderung in Schule und Universität? Ist das einer demokratischen, dem Gleichheitsprinzip verpflichteten Gesellschaft angemessen? Oder sind es die krisenhaften Entwicklungen des Sozialstaates und des Wirtschaftsstandortes Deutschland, die dem Begriff der Elite den ihm früher anhängenden, durchaus auch historisch be-

gründeten negativen Klang – im Sinne von abgeschlossenen Machtzirkeln, privilegierten Minderheiten, hochfahrendem Gehabe etc. – genommen haben? So hat vielleicht dieses neue Interesse für Elitenförderung etwas mit der Hoffnung auf verbesserte Zukunftschancen unseres Landes zu tun. Sinnvollerweise muss dann auch über die Maßstäbe diskutiert werden, die an die verschiedenen Funktionseliten anzulegen sind. Die Tagung unter der Leitung von Michael Piazolo und Jürgen Weber gab Anlass zu kontroversen Debatten unter den Teilnehmern und Referenten.

sozialen Diskriminierung Hand in Hand. So sei der Frauenanteil zwar deutlich gestiegen – in den Jahren 1981 bis 1995 von 3 auf 13 Prozent –, doch von proportionaler Vertretung könne längst noch keine Rede sein. Zudem bleibe der Zuwachs hauptsächlich auf den Bereich der Politik – Stichwort: Quotenregelungen – beschränkt, während die Wirtschaftseliten nach wie vor eindeutig männlich dominieren.

Bildungsprivilegien

Die Unverhältnismäßigkeit in der sozialen Zusammensetzung führte der Sozialforscher auf die unterschiedliche, schichtspezifische Bildungsbeteiligung zurück. Hartmann betonte ein „Bildungsprivileg“ der Ober- und Mittelschicht, wozu auch der Auslesemechanismus des dreigliedrigen Schulsystems entscheidend beitrage. Mithin sei ein prinzipieller Zusammenhang zwischen der sozialen Selektivität des Bildungswesens und der Rekrutierung deutscher Eliten zu konstatieren: 75 Prozent der Eliten könnten ein absolviertes Studium vorweisen, 25 Prozent hätten promoviert.

Bildungswege und Elitenrekrutierung lassen sich demzufolge nicht getrennt voneinander betrachten. Die These der funktionalistischen Elitentheorie, wonach sich das Führungspersonal hauptsächlich nach Leistungskriterien zusammensetze, sei nicht haltbar. Deutsche Eliten kommen der empirischen Studien Hartmanns zufolge eindeutig und überproportional aus dem gehobenen Bürgertum: Diese kleine Schicht, nur rund 3,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, stelle demnach zwischen 50 und 60 Prozent der Führungspersonen in Deutschland.

Soziale Herkunft entscheidet

Die Untersuchung der Lebensläufe von vier Promotionskohorten (6500 Personen aus vier ausgewählten Promotionsjahrgängen von 1955 bis 1985; 96 Prozent davon männlich) zeige eindeutig,

Der Mythos von den Leistungseliten

Elitenforscher Michael Hartmann

Über Rekrutierungswege und die Zusammensetzung des deutschen Führungspersonals

Das frühe Ausscheiden der deutschen EM-Fußballer war Anlass genug: Das Scheitern der deutschen Fußballelite in Portugal bot Michael Hartmann eine Steilvorlage zum aktuellen Einstieg ins Thema. Der Bogen war rasch gespannt und die Parallelen schnell gezogen zu den Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Ist Leistung ein hinreichendes Kriterium für Elite? Spielen andere Faktoren eine wichtigere Rolle? Und wie vor allem rekrutiert sich das deutsche Führungspersonal?

Der Referent, ausgewiesener Fachmann auf dem Gebiet der Elitenforschung, wurde deutlich: „Die deutsche Führungselite ist männlich und kommt aus der oberen Bürgerschicht.“ Hartmann vertritt einen engen Elitebegriff, will er zu den „Eliten“ doch nur jene Personen gezählt wissen, „die wirklich etwas bewegen“, die also die Fähigkeiten besitzen, grundlegende Veränderungen innerhalb der Gesellschaft zu initiieren. Die eindeutig messbare geschlechtsspezifische Diskriminierung gehe, so Hartmann, mit der faktischen

dass der Zugang zu Elitepositionen im weiteren Sinn keineswegs durch Leistung bedingt ist. Vielmehr verweise die Eliterekutierung auf eine deutliche Korrelation zur sozialen Herkunft. Die Zahlen der folgenden Tabelle geben wieder, zu wie viel Prozent den promovierten Probanden der Sprung auf Elitepositionen in Wirtschaft, Großkonzernen, Politik, Justiz und Wissenschaft gelungen ist.

Der unten stehenden Tabelle zufolge haben also 18,9 Prozent, mithin fast jeder fünfte (meist männliche) Spross aus dem Großbürgertum, den Aufstieg in die Wirtschaftselite geschafft. Da sind noch nicht mitgezählt die 6,2 Prozent, die es in Großkonzernen zu führenden Position gebracht haben. Besonders auffallend ist auch die kleine Zahl von nur 3,8 Prozent im Bereich der Wissenschaft: Für den großbürgerlichen Nachwuchs scheint die Wissenschaft angesichts nur geringer Einkommenschancen kaum attraktiv.

In zahlreichen Forschungen, so Hartmann, bestätigte sich immer wieder der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und beruflicher Position: Der promovierte Sohn eines leitenden Angestellten habe beispielsweise eine zehnmal höhere Chance auf eine leitende Position in der Wirtschaft als der ebenfalls promovierte Sohn eines Arbeiters. Der Hauptgrund liege in der Art des Auswahlverfahrens: So gelte es im Bereich der Wirtschaft primär dem dortigen, klassenspezifischen Habitus zu entsprechen, also den Personen, die sich bereits in den angestrebten Positionen befinden, möglichst zu ähneln.

„Souveräne Macher“ gefragt

Hartmann nannte vier Faktorenkomplexe, die bei der Auswahl der Bewerber bestimmend seien: Zunächst gelte es spezifische Codes einzuhalten, d.h.



Elitenforscher Michael Hartmann: „Die kleine Schicht des gehobenen Bürgertums stellt zwischen 50 und 60 Prozent der Führungspersonen in Deutschland.“

sich angemessen zu verhalten. Darüber hinaus müsse der Kandidat unternehmerisches Denken aufweisen. Nicht zu unterschätzen sei eine breite Allgemeinbildung, gepaart mit dem einen oder anderen, persönlichen Wissensgebiet. Verfüge man schließlich über die nötige Souveränität, all das möglichst selbstverständlich, locker und natürlich umzusetzen, so würde man dem derzeitigen Anforderungsprofil

am ehesten gerecht. Gefordert ist also der Typus des „souveränen Machers“. Die Übereinstimmung mit den zumeist sehr wenigen Entscheidungsträgern sei deshalb grundlegend, denn die Auswahlverfahren seien nur wenig formalisiert. Grundsätzlich aber gilt: Je formalisierter ein Verfahren und je mehr Entscheidungsträger beteiligt sind, desto größer ist die Chance für Bewerber aus unteren Schichten. Im Bereich der Wirtschaft aber gebe letztlich das subjektive Empfinden, das „Bauchgefühl“ der wenigen Entscheidungsträger den Ausschlag, mit anderen Worten: „Vor allem die Chemie muss stimmen.“

„Ochsentour“ im Wandel

Demgegenüber verlaufe die Rekrutierung der Eliten im Rahmen der Politik genau in entgegengesetzter Richtung: Dort gelte es die „Ochsentour“, den mühsamen Weg von ganz unten nach ganz oben, Schritt für Schritt, zu durchlaufen. Vergleichsweise demokratische Auswahlprozesse und eine relativ breit gestreute Parteibasis sorgten für weitaus ausgeglicheneren Chancen. Die geforderte Affinität manifestiere sich im kleinbürgerlichen Habitus der Wählerklientel. Doch selbst hier sei ein Wandel zu spüren, so Hartmann, denn sogar in den großen Volksparteien ist dieses Faktum am erodieren. Der Trend folge zunehmend dem aus der Wirtschaft bekannten Muster.

Innerhalb der Justiz lässt sich hingegen als spezifisches Rekrutierungskriterium die Forderung nach einem vom Beamtenum geprägten Habitus ausmachen, dem in der Wissenschaft der Habitus der „Wissensorientierung“ und

Soziale Herkunft	Wirtschaft	Großkonzern	Politik	Justiz	Wissenschaft
Arbeiterklasse/ Mittelschichten	9,3	2,0	1,3	3,1	6,6
Gehobenes Bürgertum	13,1	3,9	1,2	2,4	4,0
Großbürgertum	18,9	6,2	1,9	3,4	3,8

Quelle: M. Hartmann: Eliten in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10 / 2004, S. 20.

„Bildungsbeflissenheit“ entspricht. Darüber hinaus sind in der Justiz deutlich formalisierte Besetzungsstrukturen und ein starker Einfluss der Politik festzustellen. Mehr noch gilt dies für Personalentscheidungen im Wissenschaftsbereich: Auch hier betont Hartmann die deutliche externe Einflussnahme durch die Politik sowie die stark formalisierten Stufen der Berufungsverfahren an deutschen Hochschulen.

Ein kurzer internationaler Vergleich, der durch unterschiedliche Begriffsbezeichnungen leider erschwert sei, zeige, so Hartmann, die enge Verwobenheit des jeweiligen Rekrutierungsweges mit der vorherrschenden nationalen Bildungskonzeption. Am Beispiel Frankreichs verdeutlichte Hartmann die enorme Konzentration von Einfluss. Zwei Drittel der gesamten französischen Führungselite seien Absolventen der ENA, also einer einzigen

Bildungsinstitution. Hartmann resümierte: „Die Bildungsexpansion hat nur den Zugang zu den Bildungsinstitutionen erleichtert, nicht aber jenen zu den Elitepositionen.“ Er warnte abschließend entschieden vor der augenscheinlichen Machtkonzentration: Je abgeschotteter die Eliten und je kleiner die Entscheidungsgremien, desto größer sei die Gefahr den notwendigen „gesamtgesellschaftlichen Überblick“ zu verlieren.

Karikable Köpfe

Karikaturist Dieter Hanitzsch hat eigene Maßstäbe, wenn es um Eliten geht



Mit spitzer Feder die Elite aufgespißt: Dieter Hanitzsch

Speziell mit der politischen Elite in Deutschland befasste sich der Karikaturist der „Süddeutschen Zeitung“ Dieter Hanitzsch. Zum Amusement des Publikums bewies er, dass das Elitethema bislang ungeahnte und von der Wissenschaft wenig beachtete Aspekte zu bieten hat. Zur Demonstration präsentierte er eine Auswahl „karikabler Köpfe“.



*Kommt jetzt ins Archiv:
Friedrich Merz*



Ein Geschenk für Karikaturisten: Angela Merkel



Auch ohne Haare erkennbar und karikabel: Edmund Stoiber



Franz Müntefering mit „Stahlhelm-Frisur“



*Der rote Pullover macht's:
Ludwig Stiegler*

„Wir sind dabei, unsere Exzellenz einzubüßen“

Der Münchener Uni-Rektor Bernd Huber zur Situation der universitären Eliteförderung in Deutschland

Die Bezeichnung „Exzellenz“ will Bernd Huber, Rektor der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), dem Elitenbegriff vorziehen. Auch „Eliteuniversität“ sei wenig geeignet, impliziere der Ausdruck doch eine de facto nicht zutreffende Zweitklassigkeit der Nicht-Eliteuniversitäten. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und faktischen (finanziellen) Möglichkeiten der deutschen Hochschulen sei freilich eine zentrale Ursache des Missstands im Rahmen der angemahnten Eliteförderung. „Wir sind in Deutschland dabei“, so der Uni-Chef, „unsere Exzellenz einzubüßen.“ Angesichts der knappen Kassensituation müsse das Gebot der Stunde vielmehr lauten: „Bestehendes stärken und gleichsam Neues befördern“. Dabei müsste die Vergabe von Fördergeldern jedoch strikt nach wissenschaftlichen Qualitätskriterien, also nach Leistung, erfolgen und nicht nach dem derzeit praktizierten Gießkannenprinzip. Es gelte darüber hinaus, so der gelernte Volkswirt, bei der Finanzierung von förderungswürdigen Projekten, deren Nachhaltigkeit zu gewährleisten: Gerade für die Spitzenforschung sei die

gängige Praxis zeitlich befristeter Finanzierung ein eklatantes Hemmnis. Huber unterstrich nebenbei die her-



Uni-Rektor Bernd Huber forderte die Abschaffung des Gießkannenprinzips bei Fördergeldern. Fotos: Dick

ausragende Stellung der LMU im bundesdeutschen Vergleich. Er appellierte zugleich, diese „exzellente“ Positi-

on beständig auszubauen. Finanziell bedingter Reformdruck erfordere jedoch Umwälzungen im System. Nicht zuletzt wegen massiver Haushaltskürzungen seien Schritte zu einem „strukturellen Reform- und Umbauprozess“ unumgänglich: Eignungsprüfungen vor Antritt eines Studiums seien ein probates Mittel, um die hohen Abbrecherquoten der Studierenden zu reduzieren. Hierbei räumte Huber jedoch organisatorische Schwierigkeiten ein, da der bürokratische Aufwand immens sei. Ferner müssten nach jedem Semester bzw. Seminar Klausuren abgehalten werden, um das angestrebte Niveau effektiv zu verfolgen. Das heftig diskutierte dreistufige System der Ausbildung (Bachelor, Master, Promotion) – ob man es nun befürworte oder ablehne – sei bereits jetzt unvermeidbar.

Spezialisten fördern

Das stetige Anwachsen von Wissen, wie Huber am Beispiel der Biochemie verdeutlichte, erfordere zudem keine „sattelfesten Generalisten“, sondern Spezialisten. Um Exzellenz gezielt zu fördern, seien allerdings noch weitere entscheidende Fragen zu beantworten.

Huber bezweifelte, ob man überhaupt die richtige Fragestellung im Fokus habe, also wirklich um Lehre und Forschung bemüht sei. Um den viel zitierten „brain-drain“ zu verhindern und in einen von Huber für möglich erachteten „brain-gain“ umzukehren, seien hierzulande attraktivere Bedingungen erforderlich. Die Einführung von systematischen Promotionsstudiengängen an deutschen Universitäten, wie in den USA üblich, sei dabei durchaus ein Erfolg versprechender Weg. ■

Sabine Dick / Thomas Schölderle

(Siehe Presseschau Seite 28)

Geschlossene Zugänge

Thesen von Michael Hartmann

- Die soziale Herkunft, mithin das Elternhaus, beeinflusst den Zugang zur deutschen Elite nicht nur indirekt, sondern ganz unmittelbar.
- Der Zugang zu Elitepositionen ist sozial umso geschlossener, je informeller das Auswahlverfahren und je kleiner der Personenkreis ist, der über die Besetzung entscheidet.
- Soziale Aufsteiger sind umso seltener, je machtvoller die Positionen sind.
- Während die Politik für Aufsteiger am sozial durchlässigsten sei, ist sie in der Wirtschaft am geschlossensten.

„Die Würde des Menschen war unantastbar“

Wann beginnt das menschliche Leben? Eine These im Widerstreit

Am Anfang des Grundgesetzes steht mit Art. 1 (1) ein Satz, der scheinbar keinerlei Kompromiss zulässt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Bei der Ausarbeitung des Textes vor gut fünfzig Jahren war kaum abzusehen, auf welche Weise sich Fragen der Bioethik heute oftmals in den Vordergrund bei der Auslegung dieser Worte drängen. Der Transfer metarechtlicher Prinzipien in unmittelbares Recht ist im Bereich der rasant fortschreitenden Bio- und Gentechnologie zu einem juristischen Problem geworden, das an Schärfe gewinnt. Ob die naturrechtliche Verteidigung des Verfassungsgebots der Unantastbarkeit der Menschenwürde diesem Prozess standhalten kann, oder ob nun, da es die Menschen gewagt haben, an den Grenzen des Lebens zu experimentieren, ein Epochenwechsel unumgänglich ist, bewegt die Akteure dieser Debatte, die durch einen neuen Kommentar des Rechtswissenschaftlers Matthias Herdegen ausgelöst wurde (siehe Kasten). Ist der menschliche Embryo bereits in seinem frühesten Stadium Träger der Menschenwürde? Oder ist er es noch nicht und darf deshalb zur Forschung, etwa im Bereich der Embryonalen Stammzellforschung, herangezogen werden? Ist die Würde des Menschen etwas, das absolut gilt, oder kann sie, wie andere Rechtsgüter auch, einer Abwägung unterzogen werden?

„Eine Verfassung muss uns von dem entlasten, worüber wir besser nicht diskutieren.“ *Henning Ottmann*

Für Henning Ottmann, Politikwissenschaftler in München, liegt die Schwierigkeit bei der Beantwortung dieser Fragen zunächst in der Begriffsklärung. Der Begriff der Würde versucht zwei einander widerstrebende Komponenten zu vereinen: das Besondere und die Auszeichnung einzelner auf der einen Seite und die Gleichheit aller auf der anderen. Ein weiteres Problem entstehe durch den Konflikt zwischen absolutem Anspruch der Würde und dem Charakter moderner, säkularisierter, pluralistischer Gesellschaften. Woher sollen diese etwas absolut Gelten- des nehmen? Eine unantastbare Würde, so Ottmann, sei nur zu haben, wenn Würde als etwas betrachtet werde, das von menschlicher Stiftung unabhängig sei: „Was aus menschlicher Setzung hervorgeht, kann nicht unantastbar sein. Was wir setzen, können wir auch wieder abschaffen. Was wir einander gewähren, können wir einander auch wieder entziehen.“ Doch verlangen wir nicht zu viel von einer Verfassung, wenn wir erwarten, dass sie eine Ver-

fügungstranszendenz sichert, die das Unantastbare tabuisiert? Keineswegs, so Ottmann, denn „eine Verfassung muss uns von dem entlasten, worüber wir besser nicht diskutieren (...). Sie muss einen Kern des menschlichen und politischen Selbstverständnisses aus der Diskussion ziehen, ihn dogmatisieren und tabuisieren.“

Doch offenbar kann man auf solch einen stillschweigenden Konsens in Fragen der Bioethik nicht mehr hoffen. Auch wenn der Hamburger Rechtsphilosoph Reinhard Merkel sich nicht in die Rolle des Exegeten der Herdegenschen Position drängen lassen will, so hält er doch die Kassandrarufe, die diese ausgelöst hat, für überzogen. Merkels pointiert vorgetragene Thesen zeigen die Widersprüchlichkeiten und Schwierigkeiten dieser Diskussion auf. In seiner Argumentation tritt er zunächst einen Schritt von der aktuellen Stammzellendebatte zurück, wenn er zeigt, dass bereits die rechtliche Regelung der Abtreibungsfrage die Bewährungsprobe für die absolute Gel-

tung der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes gewesen wäre. Doch indem der Staat Abtreibungen dulde, sei der menschliche Embryo in Deutschland entgegen der Aussage des Art. 1 (1) GG in der Praxis eben kein Träger von Grundrechten und Menschenwürde. Im Gegenteil: Durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die die Rechtsordnung in dieser Hinsicht desavouiert habe, sei der Staat geradezu zur flächendeckenden Organisation von Einrichtungen zur – nach wie vor rechtswidrigen, aber straffreien – Abtreibung verpflichtet.

Entscheidend für die Diskussion um die Forschung mit embryonalen Stammzellen und die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik sei nun aber, dass der Text des Grundgesetzes selbst zum Rechtsstatus des Embryos schweige. Zwar sei eine ethische Diskussion darüber dringend geboten,



Reinhard Merkel: Verfassung schweigt zum Rechtsstatus des Embryos.

doch auf verfassungsrechtliche Hilfe ist nach Auffassung Merkels dabei nicht zu zählen. Zentral für die Geltung einer Norm sei ein Minimum an sozialer Wirksamkeit, entweder durch Befolgung oder Zwang. Daran gemessen sei aber Art. 1 (1) GG hinsichtlich des Würdeschutzes des Embryos eine leere Norm.

Präzise Vorstellung vom Würdebegriff

Merkels Auffassung vom stummen Grundgesetz kann Christian Hillgruber, Rechtswissenschaftler aus Bonn, nicht zustimmen. Für ihn bezieht der Text des Grundgesetzes eindeutig Stellung: Würde zu besitzen, bedeute demzufolge Rechtssubjekt zu sein und niemals und nirgends rechtlos zu sein. Zwar anerkennt auch Hillgruber, dass es Merkel wie kaum einem anderen gelinge, die Widersprüchlichkeit der höchstrichterlichen Entscheidungen aufzuzeigen, doch berührten diese Entscheidungen nicht die Gültigkeit der Verfassungsnormen. „Ein Staat, in dem die unantastbare Würde des Menschen nicht mehr präsent, sondern Präteritum ist (...), ist nicht mehr der Staat des Grundgesetzes.“ Das eigentliche Problem scheint zu sein, dass wir sehr wohl wüssten, was die Verfassung regelt, aber dass die Ergebnisse einer Interpretation des Art. 1 (1) GG „höchst unzeitgemäß anmuten“. Der Artikel sei unbequem unmissverständlich. Allein die biologische Zugehörigkeit zur Subspezies *Homo sapiens sapiens* zu gehören, reiche aus, um unter dessen Schutzgarantie zu fallen. Den Einwand, die speziesistische Argumentation unterliege einem naturalistischen Fehlschluss, lässt Hillgruber nicht gelten. Auch wer auf das Vorhandensein bestimmter Eigenschaften wie Bewusstsein, Empfindungsfähigkeit und Verletzbarkeit setze, schließe von einem biologischen Sein auf ein rechtliches

Sollen. Für Hillgruber erstreckt sich die Schutzgarantie des Grundgesetzes zweifellos auch auf das menschliche Leben in seinem frühesten Stadium, und das in einer absoluten Weise.

Kritik am Ethikrat

Ein breiter gesellschaftlicher Konsens ist angesichts dieses Spektrums der Positionen in weiter Ferne – doch nach Auffassung Margot von Renesses für die „Wirksamkeit durch Überzeugung ohne Druck“ notwendiger denn je. Die

Als der Bonner Rechtswissenschaftler Matthias Herdegen einen neuen Kommentar zum Artikel 1 des Grundgesetzes verfasst hatte, ahnte der Verlag wohl schon, dass damit einige Bewegung in die bioethische Debatte kommen würde. Und so riet er den Beziehern des renommierten Kommentars von Maunz/Dürig/Herzog, den bisherigen Text zu Art. 1 GG weiterhin in der Loseblatt-Sammlung zu belassen. In einem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, dessen Titel wir uns für unsere Tagung entliehen haben, forderte der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Ernst-Wolfgang Böckenförde, dazu auf, den Namen Dürigs aus der Reihe der Herausgeber zu streichen. Denn in der Neu-Kommentierung sieht Böckenförde einen radikalen Kurswechsel. Herdegens Differenzierung der Schutzbedürftigkeit menschlichen Lebens laufe auf die Relativierung des Unantastbarkeitsgebots hinaus und liefere die pränatale Würde den Begehrlichkeiten der angewandten Genetik schutzlos aus. Der Kommentar sei eine „Veränderung der Argumentationsebene und des grundsätzlichen Ansatzpunktes. Es ist der Wechsel im Verständnis der Menschenwürde garantie vom tragenden Fundament der neu errichteten staatlichen Ordnung, das deren Identität ausweist, zu einer Verfassungsnorm auf gleicher Ebene neben anderen, die rein staatsrechtlich zu interpretieren ist.“ Mit diesem Wechsel werde der Rückgriff auf die geistigen und geschichtlichen Grundlagen dieses Begriffs, der vom Parlamentarischen Rat bewusst als vorpositiv geprägter Begriff in die Verfassung übernommen wurde, entbehrlich, verliere seine Relevanz.

ehemalige Vorsitzende der Enquête-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ des Bundestages hält das damals geschaffene Stammzellengesetz für alle tragbar. Zentraler Gesichtspunkt seien nicht die potentiell-



Maria Böhmer (links) und Margot von Renesse: Tragfähiger Kompromiss im Bundestag

len Heilungsaussichten gewesen, sondern die Abwägungen mit dem Gebot der Wissenschaftsfreiheit. Einer konkreten und abschließenden Aussage über den Beginn des menschlichen Lebens habe man sich dabei aber bewusst enthalten. Dass der gefundene Kompromiss, wonach jene Stammzelllinien importiert werden dürfen, die vor dem Stichtag 1. Januar 2001 entstanden sind, für die gegenwärtige Grundlagenforschung durchaus ausreicht, davon ist auch die Abgeordnete Maria Böhmer überzeugt, die ge-

meinsam mit von Renesse an der Gestaltung des Stammzellengesetzes beteiligt war. Einig sind sich beide auch in ihrer Kritik am Nationalen Ethikrat. Nach Ansicht Böhmers ist dieser nicht mehr als ein Beratungsgremium des Bundeskanzlers und könnte keinesfalls das leisten, was die Enquête-Kommission des Parlaments leiste. Allein die Benennung als nationales Gremium hält von Renesse für problematisch. Sie würde sich stattdessen ein beratendes Gremium wünschen, das auf Grundlage eines Gesetzes besetzt wäre mit

Abgeordneten und mit Wissenschaftlern, die vom Bundespräsidenten im Einvernehmen mit dem Bundestagspräsidenten ernannt werden. Hinsichtlich der Diskussion um die Neukommentierung des Art. 1 GG hofft die Juristin von Renesse, dass diese dazu beiträgt, das Würdekonzept und die Integrationskraft des Artikels zu stärken. Jeder Alleininterpretationsanspruch vergifte dagegen die Diskussion. ■

Miriam Wolf

(Siehe Presseschau Seite 29)

Akademiegespräch im Landtag:

20. Juli 1944: Aufstand des Gewissens

Philipp von Boeselager über seinen Weg zum Widerstand gegen Hitler

Am 20. Juli dieses Jahres jährte sich zum 60. Mal das misslungene Attentat Claus Schenk Graf von Stauffenbergs auf Adolf Hitler. Den Sprengstoff für die Bombe besorgte ein junger Offizier, der damals knapp 27-jährige Philipp Freiherr von Boeselager. Er ist heute der letzte Überlebende des kleinen Kreises von Offizieren, die bereit waren, den Tyrannenmord zu wagen – aus Gewissensgründen und weil sie sich als Patrioten verstanden. Ihnen – wie auch den Mitgliedern des zivilen Widerstandes – ging es, wie Heinrich Oberreuter in seiner Einführung beim Akademiegespräch im Landtag aus der geplanten Regierungserklärung Goerdelers zitierte, um „die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts“. Dies war zweifellos die fundamentale Alternative zu den gegebenen Verhältnissen *in jener Zeit in Deutschland*. Auch Landtagspräsident Alois Glück war es ein Anliegen, die Verschwörer gegen Hitler aus den Denkvorstellungen ihrer Zeit heraus zu würdigen, weil sie – in den Worten von Freya von Moltke – die „europäische Menschlichkeit in Deutschland lebendig gehalten“ hätten. Deshalb habe sich jede Widerstandshaltung „gegen das schreiende Unrecht der nationalsozialistischen Diktatur“ gelohnt.

Im dicht besetzten Senatssaal des Bayerischen Landtages erlebten die etwa 400 Zuhörer eine Geschichtsstunde der besonderen Art. In einfachen, aber eindrücklichen Worten, ganz unpathetisch, schilderte von Boeselager, wie er, der junge Berufsoffizier aus einer rheinischen Adelsfamilie, zum Hitler-Gegner wurde. „Ich bin nicht Offizier ge-

Münsteraner Bischofs von Galen, über die im Kreis seiner Offizierskameraden gesprochen wurde.

Philipp von Boeselager war 25 Jahre alt, als er sich dem militärischen Widerstand gegen Hitler anschloss. Nach einer Verwundung an der Ostfront wurde er im Mai 1942 dem Oberbe-



Philipp von Boeselager: „Ich bin nicht Offizier geworden, um das Staatsoberhaupt zu töten“

die Rede war. Wie von Kluge konnte auch er mit dem Begriff nichts anfangen, bis ein SS-Obergruppenführer kühl erklärte: das hieße ohne Gerichtsverfahren erschossen, da „die Juden und die Zigeuner unsere Feinde sind.“

Der junge Offizier suchte die Nähe von Tresckows, der ihm vertraute und ihm bei einer Gelegenheit seine Attentatspläne eröffnete: „Wir brauchen den Feldmarschall im Kampf gegen Hitler“. Ein Satz wie ein Erdbeben, so von Boeselager,

fehlshaber der Heeresgruppe Mitte in Russland, Generalfeldmarschall von Kluge, als Ordonaanzoffizier zugeteilt und lernte dort Kluges Ersten Generalstabsoffizier Henning von Tresckow kennen – den damaligen Kopf und die treibende Kraft des militärischen Widerstands im Heer. Abscheu und Entsetzen packte den jungen Ordonaanzoffizier, als er immer häufiger Meldungen zur Weiterleitung an von Kluge auf den Tisch bekam, in denen von der „Sonderbehandlung“ von Zigeunern

„Die Männer des 20. Juli wollten Deutschland retten, nicht den Krieg gewinnen.“

Philipp von Boeselager

worden, um das Staatsoberhaupt zu töten“. Das sei alles sehr langsam gekommen. Sympathie für den Diktator in Berlin hatte er nie empfunden; dazu verabscheute der katholische Adlige zu sehr jede Form von Kadavergehorsam. Aber dass die Staatsführung Deutschlands aus Verbrechern und Mörtern bestand, konnte er sich lange Zeit nicht vorstellen: „Es war für uns unvorstellbar, dass der Staat systematisch Unrecht beging.“ Immerhin hörte er 1941 von den Anti-Euthanasie-Predigten des

Neben der Erkenntnis, dass hinter der Front Himmlers Einsatzgruppen von SD, SS und der Polizei ihr mörderisches Handwerk betrieben, denen mehrere hunderttausend Zivilisten, zumeist jüdische Kinder, Frauen und Männer, zum Opfer fielen, war es die für die Militärs um Tresckow seit November 1942 als unumstößlich geltende Gewissheit, dass der Krieg definitiv verloren war, die sie zur Tat drängte.



Philip von Boeselager: „Es war für uns unvorstellbar, dass der Staat systematisch Unrecht beging.“ Rechts im Bild Landtagspräsident Alois Glück.

Fotos: Schröder

Noch in der Rückschau erinnert sich Philipp von Boeselager aber sehr lebhaft an das Gefühl der Einsamkeit und der inneren Zerrissenheit, das ihn quälte. Außer mit den wenigen Mitverschwörern „konnte man mit niemandem über die Pläne sprechen“. Immer wieder fragte er sich, ob er mit seiner Entscheidung für einen Putsch richtig lag. Doch die charismatische Persönlichkeit von Tresckows, seines „väterlichen Freundes“, vermittelte ihm die Überzeugung, richtig zu handeln, zumal er bei mehreren Besuchen im Führerhauptquartier in der Wolfschanze das „niedrige Niveau jener Leute dort“ erlebt hatte. Hitlers graue Eminenz, Reichsleiter Martin Bormann, empfand er als „eine widerliche Type“. Zutiefst deprimiert, wie gleichgültig den dortigen militärischen Führern das Schicksal der Soldaten an der Front war, kehrte er an seinen Stationierungs-ort zurück, hinfest mehr denn je von der Dringlichkeit, Hitler zu beseitigen, überzeugt.

sollte. Doch Himmler sagte zuvor ab, und der wankelmütige Feldmarschall von Kluge stoppte die Aktion im letzten Augenblick, weil er einen Bürgerkrieg zwischen SS und der Wehrmacht befürchtete.

Sprengstoff für mehrere Bomben

Wenig später übernahm von Boeselager ein Regiment in einem neu aufgestellten Reserveverband, den sein Bruder Georg von Boeselager befehligte und den er im Auftrag von Tresckows für einen späteren Einsatz zur Absicherung des geplanten Staatsstreiches nach Berlin beordern sollte. Unter größter Geheimhaltung der wahren Absichten der Verschwörer wurden in diesem Truppenteil neue Waffen, Funkgeräte und vielerlei Sprengstoffe einschließlich moderner Zünder getestet. So konnte der junge Offizier unbemerkt britischen Sprengstoff bei-

Im Frühjahr 1943 plante Henning von Tresckow mehrere Attentate. Doch alle schlugen fehl, auch das Pistolenattentat am 13. März 1943. Bei einem Frontbesuch in Smolensk sollten Hitler und Himmler beim gemeinsamen Essen im Casino durch Pistolenbeschüsse mehrerer Offiziere, darunter auch von Boeselager, aus dem Weg geräumt werden. Jeder der Offiziere wusste, wo er sitzen und auf wen der Beiden er zielen

seite schaffen, den er im Auftrag von Tresckows dessen Vertrauten im Oberkommando des Heeres, General Stieff, überbrachte. In seinem Privatkoffer transportierte von Boeselager Sprengstoff und Zünder für zehn Bomben; mehrere Monate blieb der Koffer in Verwahrung eines engen Mitarbeiters von General Stieff, Hans von Herwarth – er wurde später Botschafter der Bundesrepublik – bis jener kurz vor dem 20. Juli Claus von Stauffenberg den Sprengstoff für zwei Bomben aushändigte. Mitte Juli 1944 erfuhr von Boeselager, dass das Attentat auf Hitler im Führerhauptquartier Wolfschanze verübt werden sollte. Von seinem Bruder Georg erhielt er den Befehl, sich mit 1200 Mann seines Reiterregiments zu einem Sammelpunkt nach Brest-Litowsk aufzumachen, um von dort nach Berlin zur Absicherung des Umsturzes zu fliegen. „Wir sollten im Reichssicherheitshauptamt Himmler festnehmen und in der Wilhelmstraße Goebbels und seinen Pressechef.“ Am späten Nachmittag des 20. Juli traf jedoch bei ihm eine Code-Nachricht ein – „Alles in die alten Löcher“ –, die verklausulierte Mitteilung über den gescheiterten Aufstand in Berlin und dem Befehl zur Front zurückzukehren. Ein Tag später nahm sich Henning von Tresckow an der Front mit einer Granate das Leben.

Patriotische Pflicht

Monatelang zutiefst verstört und deprimiert versah Philipp von Boeselager seinen Dienst an der Front, bis er zum Oberkommando des Heeres versetzt wurde; sein Bruder fiel kurze Zeit später. Keiner der von der Gestapo verhafteten Mitverschwörer hatte die beiden Brüder verraten. Seinen Widerstand gegen Hitler hatte er als patriotische Pflicht verstanden. Sein Fazit: „Die Männer des 20. Juli wollten Deutschland retten, nicht den Krieg gewinnen.“ ■

Jürgen Weber

(Siehe Pressestimme Seite 30)

Mein Weg zum 20. Juli

*Die Einsamkeit des Widerstands
Baron Philipp Freiherr von Boeselager
Kostenlose Broschüre erhältlich
beim Bayerischen Landtag und
bei der Akademie*

Stasi-Unterlagen:

„Operationsgebiet BRD“

Die Bonner Republik nicht im Griff, aber im Blick der Stasi

In der Wahrnehmung der westdeutschen Öffentlichkeit galt die Stasi lange Zeit als ein ausschließlich ostdeutsches Problem. Hunderttausende DDR-Bürger hatten als hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter bis zuletzt die wirklichen oder vermeintlichen Kritiker und Gegner des Regimes, Andersdenkende und Oppositionelle verfolgt und bekämpft. Dass die Stasi auch einen effizienten Nachrichtendienst zum Ausspionieren aller möglichen Einrichtungen, Personen und Organisationen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik unterhielt, war ebenfalls bekannt – nicht jedoch, dass Tausende von Bundesbürgern daran mitwirkten. Aus freien Stücken leisteten sie ihren Beitrag zur Bekämpfung des westdeutschen „Klassenfeindes“ durch den Geheimdienst der SED und zugleich zur Stabilisierung der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland.

Von spektakulären Einzelfällen abgesehen blieb das ganze Ausmaß des Verrats auch nach den Spionageprozessen in den 1990er Jahren weitgehend im Dunkeln. Inzwischen hat die zeitgeschichtliche Forschung durch die Auswertung neuer Quellen wichtige Erkenntnisse über die bundesdeutschen Spione im Dienst der Stasi zu Tage gebracht. Das heißt nicht, dass bereits alle Fragen geklärt sind: Wie viele Agenten haben wie lange in welchen gesellschaftlichen Bereichen wie erfolgreich für die DDR gearbeitet? War Bonn im Griff oder nur im Blick der Staatssicherheit? Wie sind die bekannt gewordenen „aktiven Maßnahmen“ zu bewerten? Gab es mehr Pläne als wirksame Formen der Einflussnahme durch den ostdeutschen Geheimdienst? Ist das alles bereits Geschichte oder hat die Politik noch Aufgaben zu erfüllen? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der Tagung „Operationsgebiet“ BRD – Bundesbürger im Dienst der Staatssicherheit und die Westspionage des MfS.

„Heimvorteil“

In den Augen der SED hatte die Bundesrepublik als Operationsgebiet oberste Priorität, schließlich bildete der Westen „die größte Bedrohung ihrer Herrschaft“, und im Kampf ge-

gen den Feind in Westdeutschland erzielte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) große Erfolge. Dies lag aber nicht nur an der guten Ausstattung in Form von materiellen und finanziellen Ressourcen, wie Hubertus Knabe in



Hubertus Knabe erläuterte die Arbeit der DDR-Spionage in der Bundesrepublik.

seinem einleitenden Referat aufzeigte. Viel bedeutender war der weltweit einzigartige „Heimvorteil“, dessen sich die HVA-Spione erfreuten: Die gleiche Muttersprache, Kultur und Gebräuche sowie die Flüchtlingsströme aus der DDR, insbesondere in den 1950er Jahren, ermöglichten es den feindlichen Agenten, in der Bundesre-

publik sehr leicht Fuß zu fassen. Außerdem kam der Stasi die fehlende Rechtsstaatlichkeit der SED-Diktatur sowie die Stärke des westdeutschen Rechtsstaates zugute. Auf der einen Seite boten sich der für die Auslands- spionage zuständigen Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS durch die intensive Kontrolle und Überwachung des Brief-, Telefon- und Besucherverkehrs in der DDR zahlreiche Anwerbemöglichkeiten. Andererseits war die bundesdeutsche Spionageabwehr (Verfassungsschutz) an strenge rechtsstaatliche Vorschriften gebunden, die der Geheimdienst der DDR zu nutzen verstand.

Zersetzung und Desinformation

Bei der Spionage bediente sich die HVA zweier Methoden: So wurden zum einen technische Quellen („Funkaufklärung“) genutzt, um Informationen über Personen, Einrichtungen und Vorgänge zu erhalten. Weitaus gewinnbringender waren jedoch menschliche Quellen. Kontaktpersonen in Westdeutschland wurden „abgeschöpft“. Stasi-Offiziere machten sich in Bonn und Umgebung an Frauen heran, die in wichtigen Ämtern oder Ministerien arbeiteten („Romeos“) und gewannen sie als Helferinnen für den Ostberliner Nachrichtendienst. Hinzu kam der Einsatz von so genannten Perspektiv-IMs (Inoffizielle Mitarbeiter) – Spione, die für spätere, zunächst noch nicht bekannte Aufgaben gewonnen wurden. Auf diese Weise wurden in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Militär und Politik eine große Zahl bundesdeutscher Agenten und Zuträger platziert. Der Politik galt dabei die besondere Aufmerksamkeit der DDR-Spionage: So versuchte die SED durch so genannte Einflussagenten und durch aktive Maßnahmen (Desinformationskampagnen) die politischen Konstellationen sowie die gesellschaftliche Wahrnehmung zugunsten der DDR- ▶

Politik systematisch zu beeinflussen. Aber nicht nur die Spionagetätigkeit zählte zu den Tätigkeiten der DDR-Staatsicherheit im Operationsgebiet BRD. Eine Vielzahl von Zersetzungsmaßnahmen gehörten ebenfalls zum Repertoire der Stasi, um DDR-kritische Einrichtungen und Personen auch auf westdeutschem Territorium aktiv zu bekämpfen.

Helmut Müller-Enbergs knüpfte mit seinem Referat über die geheimnisumwitterte „Rosenholz-Kartei“ an den Vortrag von Knabe an. Nachdem Mitte Dezember 1989 die Herauslösung der HVA aus dem MfS beschlossen wurde, begann die systematische Vernichtung der Karteien, die alle Informationen über die Mitarbeiter sowie Vorgänge der HVA enthielten. Es folgte die vermeintlich vollständige Zerstörung der Mikrofilmaufzeichnungen, die die Bestände der Agentenkarteien der HVA umfassten. Erst 1993 wurde bekannt, dass der amerikanische Geheimdienst CIA auf bisher immer noch nicht völlig geklärte Weise in den Besitz dieser Mikrofilme gelangt war. Diese als „Rosenholz“ bekannten Mikrofilme, von denen der Verfassungsschutz zunächst Teile als Kopie erhielt, dokumentieren die Agentenkartei der HVA mit Stand vom 7. Januar 1988. Nach jahrelangen Verhandlungen übergaben die USA schließlich der deutschen Seite alle Mikrofilme „mit deutschen Bezügen“ auf 381 CD-Roms.

„Die Identität von etwa 200 IMs bleibt ungeklärt“

Helmut Müller-Enbergs

Dennoch ist es nicht möglich, die Identität aller für die HVA tätig gewesenen westdeutschen IMs herauszufinden, denn insbesondere aufgrund von technischen Fehlern können nicht alle Decknamen eindeutig bestimmten Personen zugeordnet werden. Aus „Rosenholz“ lässt sich schließen, dass die HVA in ihrer 40-jährigen Geschichte insgesamt wahrscheinlich 3.000 bis 3.500 Bundesbürger als IMs führte; am Schluss waren noch etwa 1.500 davon aktiv tätig. Daneben waren in der DDR

1989 noch circa 10.000 IMs von der HVA registriert. Es handelt sich dabei um DDR-Bürger, die innerhalb der DDR vor allem für die Auslandsspionage aktiv waren und bisher noch nicht enttarnt worden sind – ein Sachverhalt, der bisher nicht bekannt war.



Helmut Müller-Enbergs brachte Licht in das Dunkel der geheimnisumwitterten „Rosenholz-Kartei“

Redselige Politiker

Überraschend war Müller-Enbergs Feststellung, dass insbesondere im Bereich Politik- und Gegenspionage nicht die eingesetzten Spione, sondern die Redseligkeit von Politikern und deren Mitarbeitern beim abendlichen Kneipenbesuch oder aber das Abhören von Telefonaten die hochwertigsten Informationen lieferten. Im Hinblick auf besonders erfolgreiche Spione in den Bereichen Politik und Wirtschaft nannte Müller-Enbergs insbesondere den jahrzehntelang aktiven Agenten „Fichtel“ (Hans Adolf Kanter), der eine außergewöhnlich große Anzahl von qualitativ hochwertigen Informationen aus diesen beiden Bereichen lieferte. Ein weiterer mit Decknamen „Peter“ (Alfred Spuler) war sowohl in der Militärs- als auch Gegenspionage sehr erfolgreich und wurde bei der Militärs- spionage wohl nur von dem bekannten NATO-Spion „Topas“ (Rainer Rupp) übertroffen. Dennoch ist zu bemerken, dass nur ein Bruchteil der eingegangenen Informationen von der Stasi auch direkt verwendet wurde. Der Großteil wurde archiviert für den Fall,

dass später einmal diese Informationen benötigt würden.

Diese Archivierung spielte insbesondere bei der Wirtschaftsspionage eine große Rolle, da viele Unternehmen Informationen aus der Datenbank des MfS „bestellten“, wie Reinhard Buthmann in seinem Vortrag über das Schalck-Imperium „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) erläuterte. Die KoKo, eine Abteilung des Ministeriums für Außenhandel, war vornehmlich für die Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologiespionage und die legale und illegale Beschaffung von Gütern zuständig, wobei diese mit den Problemlagen der DDR-Ökonomie korrespondierten.



Dieter Wiefelbüttel (SPD, MdB) forderte eine baldige erneute Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes.

Verweigerte Aufarbeitung

Im Mittelpunkt der Diskussion mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten und Innenpolitiker Dieter Wiefelbüttel und Hubertus Knabe stand der durch das Kohl-Urteil stark eingeschränkte Zugang zu den Stasi-Akten. Dadurch wird nach Meinung aller die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Teils der gesamtdeutschen Geschichte sehr behindert. Wiefelbüttel sagte, dass er sich für eine baldige erneute Novellierung des Stasiunterlagengesetzes einsetzen will, denn der Zugang zu den Akten müsse mit wachsendem zeitlichen Abstand zum Geschehen einfacher werden. In diesem Zusammenhang wurde auch



Karikatur: Tomaschoff

TOMASCHOFF

Kritik an der verweigerten Aufarbeitung dieses Themas durch öffentliche Institutionen in der Bundesrepublik laut. Viele Bürger der ehemaligen DDR haben den Eindruck, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Durch eine breitere öffentliche Aufarbeitung, so Knabe, „würde das Selbstbild vieler Westdeutscher, dass sie der zweiten deutschen Diktatur nur als Zuschauer beigewohnt hätten, zweifellos Schaden erleiden“.

Dass Bonn zwar nicht im Griff, aber doch im Blick der Stasi war, machte Udo Baron in seinem Vortrag „Einflussversuche von MfS und SED auf Politiker und Parteien in der Bundesrepublik“ deutlich. Wenngleich die Friedensbewegung im Zentrum der Einflussnahme durch die Stasi stand, so waren doch auch in fast allen übrigen Parteien IMs im Einsatz, um die Ziele des MfS durchzusetzen: die Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung, die Spaltung des transatlantischen Bündnisses und die Verhinderung des NATO-Doppelbeschlusses. Beim Erreichen dieser Nah- und Fernziele war die Stasi jedoch nicht erfolgreich, aber im Hinblick auf die Feindbilder und die Grundströmungen in der

westdeutschen Gesellschaft übte sie einen starken Einfluss aus.



Jochen Staadt: blauäugige Darstellung der DDR in manchen Fernsehberichten.

Wandel im Medienbild

Diese Einflussnahme auf die bundesrepublikanische Gesellschaft gelang dem MfS insbesondere dadurch, dass es sich des westdeutschen Fernsehens als Medium bediente. So veranschaulichte Jochen Staadt am Beispiel der ARD, dass IMs bei der Einflussnahme des MfS auf die Sender zwar fast

keine Rolle spielten, dass die Berichterstattung über die DDR jedoch beeinflusst werden konnte und somit zum Wandel des DDR-Bildes in der Bundesrepublik, besonders in den 1970er und 1980er Jahren, beitrug. Die recht positive bzw. blauäugige Darstellung der DDR in manchen Fernsehberichten lag zum Teil daran, dass Journalisten von DDR-kritischen Dokumentationen schlicht ausgewiesen wurden bzw. keine Dreherlaubnis erhielten. In anderen Fällen gelang es, Falschmeldungen zu lancieren oder westdeutschen Journalisten eine Scheinwelt vorzugaukeln. Auf diese Weise schaffte es die Stasi laut Staadt, den in Westdeutschland lange Zeit herrschenden anti-totalitären Konsens aufzulösen und die Abgrenzung zum Kommunismus abzuschwächen.

Einen anderen Zugang zum Tagungsthema wählte Thomas Auerbach, indem er anhand von quellengestützten, in der Form eher literarischen Texten die mit dem Agentenalltag verbundenen menschlichen Probleme und Schwierigkeiten im „Operationsgebiet BRD“ zu veranschaulichen versuchte.

■ Marije Weber
(Siehe Presseschau Seite 30)

„Europa hat ein Gesicht bekommen“

Journalisten erleben bei einer Reise nach Brüssel ein „Europa im Umbruch“ - Besuch in „Neuwahnstein“

Der Termin im Herbst war sehr gut gewählt: Als das Tutzinger Journalistenseminar die „Hauptstadt Europas“ besuchte, herrschte politischer Hochbetrieb in Brüssel. Die neuen Mitglieder der EU-Kommission stellten sich in Anhörungen den Parlamentariern und die neue Bayerische Landesvertretung im ehemaligen Institut Pasteur im Herzen des Europa-Viertels wurde eingeweiht. Europa befindet sich zur Zeit im Umbruch: Zehn neue Mitgliedsländer besetzen Posten und Funktionen in Parlament und Kommission, die Erweiterung um Rumänien, Bulgarien, Kroatien und die Türkei wird diskutiert. Der Streit um die Verfassung ist noch nicht zu Ende. Partner des von Jürgen Gmelch, Michael Piazolo und Michael Schröder geleiteten Programms waren das Passauer Journalistik-Institut und die Europäische Kommission.

An europapolitischen Themen mangelte es jedenfalls nicht. Wenige Tage vor der Bekanntgabe des Fortschrittsberichts durch Erweiterungskommissar Günter Verheugen beherrschte die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei die Schlagzeilen und damit auch die Gespräche und Diskussionen mit Politikern und Referenten aus der Kommission. Der frühere Vizepräsi-



Gerhard Schmid (SPD) war 25 Jahre lang Europa-Abgeordneter und sieht den möglichen EU-Beitritt der Türkei skeptisch.

dent des Europa-Parlaments, Gerhard Schmid (SPD), sieht im Gegensatz zu seiner Partei und dem Bundeskanzler den Beitritt eher skeptisch und begründet dies vor allem mit wirtschaftlichen,



Europaminister Eberhard Sinner (2. von rechts) begrüßte die Nachwuchsjournalisten in der neuen Bayerischen Landesvertretung.

sozialen und außenpolitischen Argumenten. Er plädiert dafür, nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens mit der Erweiterung Schluss zu machen: „Die Menschen akzeptieren kein Europa, das ein Spiel ohne Grenzen ist.“

Türkei-Beitritt umstritten

Referenten aus der Kommission setzten andere Akzente: die bereits erbrachten Vorleistungen der Türkei seien erheblich, Verhandlungen könnten zügig aufgenommen werden. Der immer wieder genannte Zeitrahmen

von 10 bis 15 Jahren bis zum Beitritt sei wohl zu lang gegriffen, meinten Insider und prognostizierten kürzere Verhandlungen.

Optischer Höhepunkt der Informationsreise für junge Journalisten war der Besuch und die Besichtigung der am Tag zuvor eröffneten neuen Bayerischen Landesvertretung – im Volksmund wegen ihrer Größe und des schlossartigen Charakters schon scherhaft „Nieuwahnstein“ genannt. Europaminister Eberhard Sinner griff beim Empfang der Seminargruppe die-

se Kritik auf und freute sich, dass „die neue Vertretung schon am Tag ihrer Eröffnung so bekannt ist wie die bayerischen Königsschlösser“. Auf die Bau- und Renovierungskosten in Höhe von 30 Millionen Euro angesprochen und gefragt, wie diese Summe in die Zeit knappster Sparhaushalte passe, antwortete Sinner: „Die Gelder gehen nicht zu Lasten anderer Staatsaufgaben und werden nicht aus dem laufenden Haushalt finanziert, sondern stammen aus dem Grundstockvermögen des Freistaats. Außerdem ist mit diesem ‚Filetstück‘ in unmittelbarer Nähe von

Kommission, Parlament und Ausschuss der Regionen eine erhebliche Wertsteigerung zu erwarten. Wir haben eine Top-Immobilie in einer Top-Lage zum Festpreis mit unschätzbarem politischen Wert.“

Frühwarnsystem

Der stellvertretende Leiter der Vertretung, Friedrich von Heusinger, betonte, Bayern zeige mit dem renovierten und umgebauten Institut Pasteur Präsenz in Europa und demonstriere, dass es wirksam seine Interessen vertreten wolle. Der Neubau biete bessere Möglichkeiten der Präsentation für die bayrische Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Verbände. Die transparenten und offenen Gebäude signalisierten Transparenz und Offenheit und seien ein klares Signal für ein konstruktives Mitwirken Bayerns am Aufbau der größer gewordenen EU. Der bayrische Vorposten in Brüssel sei auch ein Frühwarnsystem für politische Entwicklungen und Entscheidungen in Europa, die massiv in die Gesetze der Mitgliedsstaaten eingreifen. Frühe Informationen seien wichtig, um noch rechtzeitig Einfluss nehmen zu können.

Der neu gewählte, 32-Jährige niederbayerische Europa-Parlamentarier Manfred Weber (CSU) erzählte von seinen ersten Erfahrungen und kam im Vergleich zum Bayerischen Landtag, dem er auch schon angehörte, zu dem Schluss: „Hier in Brüssel gibt es viel mehr Parlamentarismus als in München, weil wir keine Regierungstüten müssen.“ Er zeigte sich überzeugt, dass die politischen Gestaltungsmöglichkeiten in Europa größer seien als in den Bundesländern. Als überflüssig und zeitraubend bezeichnete er die Sitzungen des Parlaments in Straßburg, musste aber einräumen, dass die Konzentration auf Brüssel gegen Frankreich nicht durchsetzbar sei.



Mehrsprachigkeit ist Pflicht: Die Pressesprecher der EU-Kommissare stehen täglich um 12.00 Uhr den internationalen Medienvertretern Rede und Antwort.

Fotos: Schröder



Beeindruckt von „Neuwahlstein“: die Journalistengruppe im Hof des ehemaligen Institut Pasteur. Im Hintergrund das Gebäude des „Ausschusses der Regionen“.

Weitere Themen der Informationsgespräche waren der Haushalt der EU und die Zukunft der regionalen Strukturfonds – gerade im ostbayerischen Grenzgebiet zu Tschechien ein heißes Thema. Von besonderem Interesse für

die Journalisten aus Niederbayern und der Oberpfalz waren auch die Arbeitsbedingungen und – Möglichkeiten der Brüsseler Korrespondenten. Gisbert Kuhn von der „Augsburger Allgemeinen“ sowie Henryk Jarczyk und Klaus Boffo vom Bayerischen Rundfunk plauderten aus dem Nähkästchen und brachten Informationen aus den Brüsseler Kulissen mit. Anschaulich wurde das europäische Miteinander beim Sprachengewirr im täglich-mittäglichen Pressebriefing der Kommission, wenn die Sprecher dem versammelten internationalen Pressekorps Rede und Antwort stehen.

Die Journalisten der Tutzinger Reisegruppe beurteilten die gewonnenen Eindrücke und Informationen durchweg positiv: „Jetzt hat Europa endlich ein Gesicht bekommen“, sagte eine Volontärin und ein anderer Teilnehmer ergänzte: „Ich kam als Franken nach Tutzling und lande wieder in München als Europäer!“ ■

Michael Schröder

Tee trinken mit dem Teufel

Der Arzt Reinhard Erös berichtet von seiner humanitären Arbeit in Afghanistan

„Wenn man in der Vorhölle ungestört arbeiten will, muss man bereit sein, mit dem Teufel ab und zu eine Tasse Tee zu trinken.“ Unter diesem Motto steht die Arbeit von Reinhard Erös, der einen mitreißenden Vortrag über die politische und humanitäre Situation in Afghanistan hielt.

Nach seiner Einschätzung haben die Präsidentschaftswahlen für einen Großteil der afghanischen Bevölkerung nicht die herausragende Bedeutung, welche ihnen von internationaler Seite zugeschrieben wird. In den Augen vieler Afghanen ist vielmehr die Schaffung völliger Sicherheit und das Voranschreiten der Entwicklung vorrangig. So leidet insbesondere die ländliche Bevölkerung weiterhin unter den Folgen der jahrelangen Kriege und der Taliban-Herrschaft, denn sowohl die Mehrzahl der Hilfsorganisationen als auch die ISAF-Truppen sind fast ausschließlich in und um Kabul aktiv. In die Provinzen gelangt jedoch kaum Hilfe und als Folge dieser Vernachlässigung etabliert sich in vielen dieser Gegenden immer mehr der Opiumanbau, da er schnellen Reichtum bedeutet. Diese Probleme werden von internationaler Seite zwar gesehen, doch werden der Bevölkerung keine Alternativen angeboten. Erös sieht darin die Gefahr, dass sich Afghanistan in den nächsten Jahren zum weltweit größten Opiumlieferanten entwickeln wird.

Für die meisten Zuhörer ist neu, dass viele Jahrzehnte lang zwischen Deutschland und Afghanistan traditionell gute Beziehungen bestanden. Der Ursprung liegt darin, dass schon in den 20er Jahren mit der deutschen Amani-Oberrealschule eine der in den folgenden sechs Jahrzehnten besten Schulen des Landes gegründet wurde. Das dort zu erwerbende Abitur ermöglichte der afghanischen Bildungselite ein anschließendes Studium in Deutschland. Dies hat dazu beigetragen, dass bis in die 80er Jahre Deutsch die in Afghanistan am meisten gesprochene Fremdsprache war und Deutschland bis heu-

te ein sehr gutes Ansehen unter den Afghanen genießt.

Hilfe in der Provinz

Der frühere Bundeswehr-Arzt Erös gründete 1998 die „Kinderhilfe Afghanistan“ (<http://www.kinderhilfe-afghanistan.de>) und verbringt seit 2001 jedes Jahr mehrere Monate in Afghanistan, um vor Ort die Projekte seiner



Reinhard Erös leistet als Arzt humanitäre Hilfe in Afghanistan.

Foto: Weber

gemeinnützigen und mit privaten Spendengeldern finanzierten Hilfsorganisation zu betreuen und die Verwendung der Geldmittel zu kontrollieren. Dabei konzentriert sich die Arbeit der privaten Hilfsorganisation insbesondere auf die besonders bedrohten und gefährdeten Ostprovinzen Afghanistans, wo sie sich dem Aufbau von medizinischen Einrichtungen für Frauen und Kinder, so genannten „Mutter-Kind-Kliniken“, und Schulen verschrieben hat. So wurden in den ver-

gangenen zwei Jahren ein Dutzend so genannter Friedensschulen und Basisgesundheitsstationen gebaut und mit dem notwendigen Lehr- und Lernmaterial bzw. mit medizinischen Geräten ausgestattet. Die „Kinderhilfe Afghanistan“ bezahlt darüber hinaus den derzeit rund 450 Mitarbeitern ein regelmäßiges Gehalt.

Höhlenkliniken

Erös' Engagement für das afghanische Volk begann jedoch nicht erst 1998. Schon 1986 war er als ärztlicher Leiter einer deutschen Crossborder-Hilfsorganisation im Kriegsgebiet unterwegs und versorgte afghanische „Gotteskrieger“ der Mudschaheddin medizinisch im Krieg gegen die sowjetischen Besatzungstruppen. In wochenlangen Fußmärschen zogen die Freiwilligen mit jeweils rund 30 Mann starken Karawanen aus Trägern, Köchen und einheimischen Hilfsmedizinern durch die Berge Afghanistans, aus Angst vor den sowjetischen Bombern stets im Schutz der Dunkelheit. In so genannten Höhlenkliniken, natürlichen oder eigens in die Berge gesprengten Hohlräumen, in denen man sich einigermaßen sicher fühlen konnte, unterhielt die Organisation schließlich 14 Medizinstationen und behandelte in einem Jahr immerhin 180 000 Patienten. Aus dieser Zeit röhren auch seine hervorragenden Kontakte zu den afghanischen Mudschaheddin, welche ihm bei den späteren Verhandlungen zur Realisierung seiner humanitären Hilfsprojekte sehr nützlich waren und sind. Denn vor und auch noch nach dem Sturz des Taliban-Regimes haben diese viel Macht im pakistano-afghanischen Grenzgebiet. Da die Koranschüler jederzeit Erös' Projekte gefährden könnten, stehen somit bei jeder Reise diplomatische Gespräche mit Taliban-Mullahs auf dem Programm.

1987 zog die Familie Erös dann vorläufig in die afghanisch-pakistanische Grenzstadt Peschawar, um von dort aus die Arbeit in der Kriegsregion Afghanistan zu koordinieren. Erös' Frau gründete während dieser Zeit die erste internationale Friedensschule in Peschawar, an der sowohl die Kinder aus dem „Paradies“ – Europa und

Nordamerika – als auch aus der „Hölle“ afghanischer Flüchtlingslager gemeinsam unterrichtet wurden. Auf Grund des auf den Abzug der sowjetischen Armee folgenden erbitterten Bruderkriegs unter den afghanischen Kriegsfürsten mussten Erös und seine Familie sowie fast alle internationalen Hilfsorganisationen Afghanistan verlassen. Das entstandene Machtvakuum

Mitte der 90er Jahre ermöglichte dem Djihadismus, seine Aktivitäten insbesondere in der Region Kandahar vorzubereiten und die anschließende Kontrolle über das ganze Land zu gewinnen. Die Anhänger dieses aus Saudi-Arabien stammenden Wahabi-Islams (zu unterscheiden von dem in Afghanistan vorherrschenden und nicht missionarischen Suffi-Islam) sind vor-

Kulturelle Missverständnisse

Während seines lebhaften Vortrags hob Erös immer wieder die Bedeutung des Verständnisses und der Akzeptanz der verschiedenen kulturellen Gegebenheiten bei der Arbeit in und für Afghanistan hervor. Er bemängelte, dass die Vielzahl der internationalen Helfer darauf keine Rücksicht nehmen und deshalb häufig unnötige Konfliktsituationen entstehen. So wurde ein Medizinerkollege auf Grund kultureller Missverständnisse für einen „gottlosen“ kommunistischen Spion gehalten und Reinhard Erös musste gemeinsam mit seinem treuen afghanischen Freund und Begleiter Alem unter schwierigsten Umständen den vermeintlichen Spion vor seiner – der afghanischen Kultur nach – „gerechten“ Strafe retten. Dabei stand jedoch nicht nur das Leben des Kollegen, sondern auch sein eigenes auf dem Spiel. Wie Erös diese und andere Schwierigkeiten gemeistert hat, kann man in seinem Buch „Tee mit dem Teufel“ nachlesen. ■

Marije Weber



Reinhard Erös:
Tee mit dem Teufel: Als deutscher Militärarzt in Afghanistan
Hamburg, 4. Aufl. 2004,
Verlag Hoffmann und Campe,
19,90 Euro.

nehmlich rigide und fanatische „Gotteskrieger“ und in der Masse Analphabeten. Sie wurden und werden auch weiterhin insbesondere in der Gegend um Peschawar in einer Vielzahl von Schulen des Wahabi-Islams unbehelligt ausgebildet.

Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltssmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 30,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Bei Rückfragen oder Beitrittswunsch wenden Sie sich bitte an:

Elke Leisching

Tel. 08158/256-17

E-Mail: E.Leisching@apb-tutzing.de

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50 Konto-Nr. 430 592 477

Stationen eines Umbaus

Der Umbau der Akademie schreitet weiter voran. Nachdem strenge Brandschutzauflagen gemacht wurden und die erforderlichen Sondermittel bereit gestellt werden konnten, begann im Frühjahr 2003 die Modernisierung des Gästehauses. Im Sommer 2004 konnte mit dem Abriss und Neubau der Eingangshalle und Rezeption begonnen werden. Ferner wurden im Klenzebau Türen, Wände und Decken feuersicher gemacht. Für den Jahresanfang 2005 wird mit dem Ende der Baumaßnahmen gerechnet. Bis dahin müssen unsere Tagungsgäste leider noch einige Unannehmlichkeiten und Umwege in Kauf nehmen. Aber der Tagungsbetrieb konnte trotz des Umbaus ohne Unterbrechung fortgesetzt werden.

MS



Ein letzter Blick in die schon leer geräumte, alte Eingangshalle.



Die Abrissarbeiten beginnen.



Der Presslufthammer kriegt Stahl und Beton klein.
Fotos: Schröder



Die letzte Mauer ist gefallen.



Die neue Konstruktion lässt sich erahnen.



Stück für Stück schließt sich das neue Dach.

In der Werkstatt der Deutschen Einheit

Personalseminar eröffnet Berliner Perspektiven



Der Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel (SPD) legte sein Selbstverständnis eines Mandatsträgers dar. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter (rechts) moderierte.

Fotos: Schröder/Heinz



Der Besuch der Bundespressekonferenz offenbarte das Zusammenspiel von Medien und Politik.



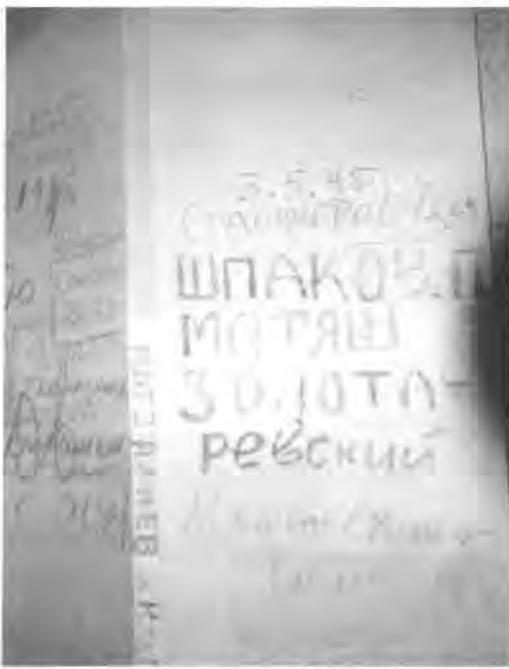
Rudolf Hierl (2. von rechts) führte die Tutzinger Gäste durch die Bayerische Landesvertretung und erläuterte ihre Aufgaben bei der Durchsetzung bayerischer Interessen.

15 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer führte das diesjährige Personalseminar der Akademie in die wiedervereinte Hauptstadt. Ein randvolles Programm mit Kunst, Kultur, Kabarett, Politik und Geschichte erwartete die Tutzinger Gruppe. Potsdam mit seiner reichen Geschichte war ebenso Thema wie die aktuellen Probleme und Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition sowie die Reform des Föderalismus und die Rolle Bayerns in der deutschen Politik. Auch spezifische Aspekte der Berliner Stadtpolitik wie Ausländerintegration und Migration wurden nicht ausgespart. Viele Teilnehmer kannten Berlin überhaupt noch nicht oder waren lange nicht mehr dort gewesen. Einheitliches Urteil: die Stadt ist kaum mehr wieder zu erkennen und eine pulsierende, hektische Metropole geworden. Die Architektur der Neubauten im Regierungsviertel und am benachbarten Potsdamer Platz faszinierte zugleich positiv und negativ. Besonders eindrucksvoll war der Blick hinter die Kulissen von Medien und Politik: ob nun bei der Sendung „Christiansen“ oder der Bundespressekonferenz, in der Journalisten beim Nachfragen nicht locker ließen und die Sprecher viel redeten, ohne was zu sagen.

Der Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel (SPD) konnte mit offenen Worten zu seinem Selbstverständnis als Abgeordneter mit Neigung zu Unabhängigkeit und Widerspruch überzeugen. Die häufig gehörte Seminarkritik lautete: „Das Programm war nur zu kurz!“

ms





Original-Graffiti sowjetischer Soldaten vom Mai 1945 im Reichstag zeugen vom Kampf um Berlin.

Stimmen zur Hauptstadt

Was mich unter vielem anderen besonders beeindruckt hat ...

... ein – leider zu kurz geratener – Besuch der in mehrfacher Hinsicht nicht unumstrittenen Ausstellung der Friedrich-Christian-Flick-Collection im Hamburger Bahnhof und den angrenzenden Rieck-Hallen, einem Speditionsgebäude aus der Nachkriegszeit; durchaus „ein Must“ für Berlinreisende dieser Tage, zumal für solche, die sich nicht nur für aktuelle Kunstdebatten interessieren, sondern zeitgenössische Kunst(werke) unmittelbar auf sich wirken lassen wollen.“

Steffen H. Elsner

„Johann-Christian Jodock, der Berliner Stadtbildberichter mit Verstand, Herz und Schnauze, hat es in vier Stunden geschafft, mir Berlin schmackhaft und Appetit auf weitere Aufenthalte in der Hauptstadt zu machen. Dank seines unendlichen Wissens, seiner besonderen Art der Vermittlung, seiner kleinen Geheimtipps ‘am Rande’ bleibt mir die politisch-historische Stadtrundfahrt am Montag unvergesslich und war ein gelungener Auftakt des Personalseminars in der Metropole Berlin. Herzlichen Dank!“

Sybille Haug



Symbolbau der deutschen Teilung und Einheit: Der Reichstag.



Faszinierende Architektur im Regierungsviertel – das Paul-Löbe-Haus.



Auf der Besuchertribüne des Deutschen Bundestags.

Reinhold Michels in: RHEINISCHE POST vom 30. Juni 2004:

Elite: Leistung genügt nicht

„Elite“ – das klingt für manchen nach Abgeschottetheit. Der Begriff war in Deutschland jahrzehntelang verpönt. „Jetzt“, so meinen der Historiker Jürgen Weber und der Soziologe Michael Hartmann von der TH Darmstadt, „ist Elite ein Renner“. Weber zufolge hat die plötzliche Konjunktur des Begriffs Elite mit der Hoffnung zu tun, Deutschlands Zukunftschancen könnten sich entgegen allen Unkenrufen doch noch verbessern.

Hartmann entriss bei der Tagung der Politischen Akademie in Tutzing dem Begriff Elite den Schleier des angeblich Allesverbesserers. Intensive Studien des renommierten Soziologieprofessors haben ergeben, dass die Erzählung von der offenen Gesellschaft, in der es der/die Tüchtige durch Tüchtigkeit in die oberen Entscheidungseta-

gen etwa der Wirtschaft schaffe, eine Mär ist. Anders als im Sport, wo individuelle Sonderleistung schnell den Aufstieg zur Folge habe und dem fixen Aufstieg bei Leistungsabfall ein ebenso fixer Abstieg folge, sind laut Hartmann die Wege an die Spitze großer Firmen länger. Habe man es jedoch einmal dorthin geschafft, profitiere auch ein Gestrauchelter noch lange von dem engen Zusammenhalt, dem elitären Corpsgeist der Manager-Elite. Gegen die Mär von der vermeintlichen Offenheit der Leistungsgesellschaft sprechen auch diese Erkenntnisse des Elitesforschers Hartmann: In der Wirtschafts-Elite sind die Söhne und Töchter aus dem Akademiker- und Bürgermilieu überproportional vertreten. Das Kind eines leitenden Angestellten hat – bei gleicher Ausbildung – eine zehn-

fach bessere Chance, in die Führungsstufe einer der großen Firmen zu gelangen, als ein Arbeiterkind. Entscheidend sei nicht die Leistungsfähigkeit, vielmehr Souveränität, Benimm-Codes sowie Allgemeinbildung. Da die Wirtschaftseliten überwiegend dem bürgerlichen Milieu entstammen, zögen sie bei Einstellungen ihresgleichen vor. Die gleiche Überrepräsentanz in Führungs-Positionen verzeichnen Absolventen der Rechts-, Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften. Hartmann: „Wo sie auch hingucken, immer finden sie diese drei.“ In der Politik, da waren sich Hartmann und der bayrische SPD-Abgeordnete und Rechts-politiker Klaus Hahnzog einig, ist die Durchlässigkeit größer. Bis auf Helmut Schmidt, dessen Vater Studienrat gewesen sei, entstammten alle Kanzler dem Kleinbürger- bzw. Arbeitermilieu. Hartmann: „Wenn sie aus dem Großbürgertum kommen, werden sie CDU-Schatzmeister.“

(Siehe Bericht Seite 10-13)

STARNBERGER MERKUR vom 25./26. September 2004:

Gewalt und Toleranz am Beispiel Nahost

Politische Akademie und örtliches Gymnasium laden zum „Tutzinger Schülerforum für die Multiplikatoren von Morgen“. Thema des diesmal dreitägigen Seminars: „Gewalt und Toleranz innerhalb und zwischen Gesellschaften: Das Beispiel Nahostkonflikt“. Als Hauptreferenten hat die Politische Akademie den in Wien und Jerusalem lebenden Nahost-Experten Michael Ingber gewonnen, einen erfahrenen Dozenten auf dem Sektor Politische Bildung. Manfred Schwarze-meier, persönlicher Referent von Akademieleiter Prof. Heinrich Oberreuter, wird die eigentliche Tagung leiten, an der heuer auch die K12 des örtlichen Gymnasiums teilnimmt. „Wir an der Schule müssen die Basis legen, dass die Schüler dann selber etwas draus machen – das Fenster zur Welt öffnen, statt nur den Lehrplan abzuarbeiten“, sagt Beatrice Rösch-Wanner, die als Lehrkraft für Geschichte am Gymna-

sium tätig ist und sich für diese Extra-Portion politischer Bildung bei der Schulleitung stark gemacht hat. Die Politische Akademie veranstaltet solche Seminare in Kooperation mit Gymnasien schon seit einiger Zeit – Manfred Schwarze-meier zum Ablauf: „Zunächst befassen sich die Teilnehmer mit der Geschichte des Nahost-Konflikts, der historischen Entwicklung der Auseinandersetzung bis hin zur aktuellen Situation; als zweiten

Schritt zeigen wir einen Film über die Intifada aus Sicht von Jugendlichen. Teil 3 ist den Arbeitsgruppen vorbehalten, die sich mit einzelnen Aspekten des Konflikts beschäftigen sollen.“ Die erarbeiteten Ergebnisse werden auf Plakatwänden präsentiert und sollen auch an anderen Schulen gezeigt werden. Der neue Tutzinger Schuldirektor Peter Rink, lange Zeit an der Deutschen Schule in Beirut tätig, stand der Idee äußerst aufgeschlossen gegenüber.

Starnberger SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5. Oktober 2004:

Schülerforum über Nahost

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist von heute an drei Tage lang Thema des Schülerforums Politik im Tutzinger Gymnasium. In Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie sollen sich die Gymnasiasten vorwiegend in Gruppenarbeit ein „umfassendes und ausgewogenes Bild“ des Nah-

ost-Konflikts erarbeiten und lernen, komplexe Situationen zu durchschauen und die Haltungen der verschiedenen Parteien zu verstehen, heißt es in der Ankündigung. Projektleiter ist der israelische Historiker Michael Ingber, der in Deutschland als Bildungsreferent arbeitet.

Der STARNBERGER MERKUR vom 26. Juli 04 berichtet über das Sommerfest der Akademie:

Gemeinde mit der höchsten Akademie-Dichte

So ganz klar war es nicht, ob das Wetter den ganzen Abend mitspielen würde. Aber davon ließen sich die Verantwortlichen der Akademie für Politische Bildung in Tutzing nicht abschrecken: Ihr Sommerfest hielten sie unabirrt im Garten der Akademie ab.

Direktor Heinrich Oberreuter fand sogar Bezüge zu seinem Haus: „Mit der politischen Bildung ist es wie mit dem Wetter: Man weiß nie, ob es hält und ob es nützt.“ In seiner kurzen Begrüßungsansprache gab sich Oberreuter betont launig. Zu ernsten Bemerkungen hatte er offenkundig keine Lust an diesem Tag – vielleicht auch, weil er ansonsten neben seinen Tätigkeiten als Akademiedirektor und als Professor für Politikwissenschaft an der Passauer Universität schon genug zu allen möglichen Themen Auskunft geben soll.

Hintergrundige Gespräche gab es beim Sommerfest durchaus – aber nur in vertrauter Runde. Dazu gaben auch Tutzinger Themen Anlass. So hatte der unter den Gästen weilende Chef der Evangelischen Akademie, Friedemann Greiner, wenige Stunden zuvor seine



heftige Kritik am Zustand des direkt neben seiner Institution gelegenen Seehofs publik gemacht (wir berichteten). Solche Probleme hat Oberreuter nicht. „Wir tun uns gegenseitig nicht weh, sondern wir unterstützen uns“, sagte er über das Verhältnis zu den Kommunalpolitikern, dem Bürgermeister Peter Lederer und etlichen Gemeinderäten, die zum Fest erschienen waren. Tutzing, witzelte Oberreuter, sei die Gemeinde in Deutschland „mit der höchsten Akademie-Dichte“. Und er fügte hinzu: „Wir gedenken es so zu belassen – aber eine dritte wollen wir nicht auch noch.“ Als Bewerber, meinte er, sehe er „bestenfalls noch Scientology – das sind die einzigen, die sich am Starnberger See noch ein Akademie-Grundstück leisten können.“ Alles humorvoll gemeint, versicherte er später, als er gefragt wurde, ob da etwa etwas dran sei: „Heute habe ich überhaupt nichts Ernstes gesagt.“

Alexander Kissler in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 12. Juli 2004:

Ist der Mensch eine Person? Straßburger Richter trennen Menschenwürde und Lebensrecht

... Einen Vorgesmack auf die Hef tigkeit dieser Debatte bot einen Tag nach dem Straßburger Urteil eine Konferenz der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Laut dem Strafrechtler Reinhard Merkel ist der Embryo ein „individualisiertes menschliches Leben“, aber keine Rechtsperson. Der Staat, der die flächendeckende Abtreibung organisiere, versage ihm die Grundrechte, ergo habe der Embryo keine solchen Rechte. Mit lauter Stimme widersprach der Staatsrechtler Christian Hillgruber. Würde besitze der Mensch nun einmal nicht von

der Einnistung in die Gebärmutter oder von der Geburt an, sondern der Mensch schlechthin, „jedes lebende Wesen, das der Subspezies Homo sapiens angehört“. Um die Würde zu verwirklichen, seien alle diese Wesen mit Grundrechten ausgestattet. Für Hillgruber ist der Embryo in jeder Phase ganz Mensch und ganz Person. Wer das beginnende Leben aus der Gemeinschaft der Menschen „hinaus definiere“, betreibe „juristische Selektion“ wie einst die Apologeten des Dritten Reiches.

Der Schlagabtausch zwischen Hillgruber und Merkel ist ein laues Lüftchen, verglichen mit den Stürmen, die das Straßburger Urteil noch entfachen wird. Ob der Mensch grundsätzlich Person ist oder nicht, ob die Würde das Leben schützt oder preisgibt, ob sie zuerkannt werden muss oder nicht abgesprochen werden kann, sie unantastbar war oder immer noch ist – die Antwort auf diese Fragen wird sein, was Carlo Schmid im ersten Satz des Grundgesetzes erblickte: „der eigentliche Schlüssel für das Ganze“.

(Siehe Bericht Seite 14-15)

Alexander Kissler in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 16. Juli 2004:

Der Mut des Gewissens

Ein Münchener Abend mit Philip von Boeselager

„Moralische Rigidität“ habe Henning von Tresckow und die Brüder Stauffenberg in den Widerstand gegen Hitler getrieben. Um ihren Mut zu verstehen, müsse man sich mit deren Weltansicht, deren „Gefühl für Rechtlichkeit und Redlichkeit“ auseinandersetzen – schrieb jüngst Peter Steinbach, der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Moralisch rigide war gewiss auch jener Mann, der seit Mai 1942 gemeinsam mit von Tresckow der Heeresgruppe Mitte angehörte, der den Sprengstoff für das Attentat am 20. Juli 1944 besorgte und der drei Tage davor mit 1200 Reitern von der Ostfront bei Brest-Litowsk Richtung Berlin aufbrach, um nach dem Tode Hitlers Himmler und Göbbels gefangen zu nehmen. Baron Philipp Freiherr von Boeselager ist der letzte lebende Akteur des 20. Juli, und obwohl er es bestreitet, einer der mutigsten.

Von den 1200 Kavalleristen aus dem nach seinem Bruder Georg benannten „Reiterverband Boeselager“ waren nur zwei Rittmeister eingeweiht. Der Rest mag etwas geahnt haben, doch denunziert wurde Philipp von Boeselager selbst dann nicht, als er die Nachricht vom Scheitern des Anschlags erhielt – einen Zettel mit der Botschaft „Alles in die alten Löcher“ – uns nach einem 36-stündigen Gewaltmarsch den Befehl zur Umkehr gab, zurück an die Ostfront. Ein drittes Mal war Hitler mit dem Leben davon gekommen: Bereits am 13. März 1942 hatte von Boeselager zu jenen Offizieren gehört, die den Diktator bei seinem Besuch im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte erschießen wollten. Doch ihr Vorgesetzter, Generalfeldmarschall Günther von Kluge, zog kurzfristig seine Duldung zurück. Der Plan war damit geplatzt. Und die Bombe, die man Hitler ins Flugzeug lud, damit es über Minsk ex-

plodierte, ging an der Kälte in den Lüften zugrunde.

Dicht gefüllt war nun der Senatssaal des Bayerischen Landtags zu München, als Philipp von Boeselager über die „Einsamkeit des Widerstands“ referierte. Landtagspräsident Alois Glück lobte den „Aufstand des Gewissens“. Heinrich Oberreuter, als Direktor der Akademie für Politische Bildung (Tutting) Mitveranstalter, erinnerte an die Regierungserklärung der „Verschwörer“, die leider nie gehalten wurde. Ihr zufolge forderte man zuerst und unbedingt die „Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts“. Damit waren die beiden tragenden Säulen der Weltsicht von Boeselagers benannt. Mehrfach erklang die Stimme des groß gewachsenen, 86-jährigen Rheinländer die Höhe der Erregung: Völlig undenkbar, völlig unvorstellbar sei es gewesen, dass „die Reichsregierung uns belog“, dass der Staat selbst

Unrecht tat. Doch genauso lagen die Dinge, und deshalb „war klar, was man tun musste, um nachts wieder ruhig schlafen zu können“. Im Juni 1942 las er in einem Bericht der SS: „5 Zigeuner sonderbehandelt“. Auf Nachfrage erfuhr er, dass mit „Sonderbehandlung“ die rechtswidrige Erschießung aller „Reichsfeinde“ gemeint war. Aus dem Ordonnanzoffizier war ein Regimegegner geworden.

Die Sehnsucht nach dem Ende des rechtlosen Zustands resultierte wesentlich aus von Boeselagers Glauben, der zweiten tragenden Säule. Am Portal des jesuitischen Gymnasiums in Bad Godesberg stand ein Leitspruch, dem er treu blieb: „Deo Patri Vitae“ – Gott und dem Vaterland und dem Leben solle man dienen. Die Nationalsozialisten hätten jene Tugenden zu Tode geritten, ohne die auch heute kein Gemeinwesen auskomme, die Vaterlandsliebe, den Mut, die Ehrlichkeit. Wer diese Tugenden schärfen wolle, der brauche einst wie jetzt ein „christliches Gewissen“, das es Abend für Abend zu erforschen gelte. Nur so könne wieder wachsen, woran es dem 21. Jahrhundert offenbar mangelt: Zivilcourage.

(siehe Bericht Seite 16-17)

FOCUS 43/04 vom 18. Oktober 2004:

DDR-Geheimdienst: 200 Verräter atmen auf

Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt müssen passen: Rund 200 frühere Spione des DDR-Geheimdienstes in den alten Bundesländern und Westberlin können offenbar nie mehr enttarnt werden.

Lücke im System. Die mikroverfilmten Agentendateien der einstigen Ostberliner Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) reichen nur bis zum 7. Januar 1988. Alle danach angeworbenen offiziellen Mitarbeiter (IM) sind in den vorliegenden HVA-Registern mit Klar- und Decknamen nicht mehr erfasst. „Die Identität von etwa 200 IMs bleibt ungeklärt“, sagte Helmut Müller-Enbergs von der Berliner Stasi-Unterla-

genbehörde auf einer Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Unter den unbekannten West-Agenten – dies ergab sich aus einer anderen HVA-Datei – waren gut platzierte Spione. So lieferte die Quelle „Rubens“, erstmals 1989 registriert, 17 Top-Infos aus dem Nato-Bereich.

Eine größere Unterstützung als bislang vermutet hatte die HVA innerhalb der DDR, so Müller-Enbergs. Als die Mauer fiel, standen zirka 10.000 Personen in Spionagediensten. Begehr waren IMs zwischen 30 und 40 Jahren – von Beruf am liebsten Lehrer oder Journalist sowie Mitglieder in einer der DDR-Blockparteien.

(siehe Bericht Seite 18-20)

Markus Behmer schreibt u.a. in FERNSEH-INFORMATIONEN 9/2004:

Duell oder Duett der Fernsehprogramme?

Tutzinger Tagung zu 20 Jahre dualer Rundfunk

...Was wird der Vielfernseher-Nation da geboten? Um das aktuelle wie zukünftige Verhältnis von öffentlich-rechtlichen zu privaten Programmen – „Duett oder Duell?“ – ging es in einer abschließenden Podiumsdiskussion. Der stellvertretende Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks (BR), Andreas Bönte, Sat.1-Programmplanungsleiter Volker Szezinski, der Leiter der Süddeutsche-Zeitung-Medienredaktion, Hans-Jürgen Jakobs und der Wiener Kommunikationswissenschaftler Wolfgang R. Langenbacher beleuchteten, souverän moderiert von Sissi Pitzer, Sparzwänge und Quotenfixierung, Sportrechtestreit und Trend zum Spektakel, Probleme der Nachrichtenkanäle (Hat N24 eine Zukunft? Keine Frage, meinte Szezinski – während Jakobs die Einstellung in längstens zwei Jahren prophezeite) und Legitimationsnöte des öffentlich-rechtlichen Systems.

Im Mittelpunkt standen wiederum Präsentation und Inhalte der Nachrichtenangebote. ARD und ZDF wollen und müssen hier ihr Renommee der umfassenden Informationskompetenz (auch etwa im Regionalen) erhalten, RTL und Sat.1 durch weitere „Infooffensiven“ versuchen, Prestige zu gewinnen. Der Wettbewerb wird schärfster: Wer hat schneller die Infos, ist als erster vor Ort bei spektakulären Geschehen? Muss man deshalb – Beispiel: Das Schuldrama in Beslan – aber gleich immer Livebilder zeigen, einfach „die Kamera draufhalten“, dabei bleiben? „Ich weiß nicht, ob es wirklich immer sinnvoll ist, was wir da senden“, zeigte sich Szezinski nachdenklich. Es gäbe aber, so attestierte auch Bönte, ein Zuschauerinteresse, das man auch bedienen müsse – und man könne bru-

tale Bilder nicht immer ganz ausblenden. Was allerdings zumutbar ist, was noch dem Informationsanspruch entspreche, wo die Grenze zum Sensationalismus liege, müsse immer wieder besprochen werden. Bei langen Liveschaltungen und Sondersendungen sei aber die konkrete Entscheidung, wo man noch „drauf bleibe“, schwierig, doch kämen derartige Situationen nur selten vor – und auch da darf freilich die Einordnung nicht fehlen, müssen auch Hintergrundinfos geboten werden.

Eine Gratwanderung hält – und um die Grenzen abzustecken, um Funktion und Aufgaben des Fernsehens insgesamt immer wieder neu bestimmen, die Leistungen ermessen zu können, bedarf es eines ständigen gesamtgesellschaftlichen Diskussionsprozesses. Gerade das öffentlich-rechtliche System, so Langenbacher, müsse so fest in der Gesellschaft „verankert“ werden.

„Das wichtigste ist, dass wir reflektieren“, fasste Sissi Pitzer griffig zusammen. Und gerade Akademien wie die in Tutzing und Tagungen wie diese bieten dafür ein gutes Ambiente: Begegnungsstätten aufgeschlossener Geister, „Spielwiesen“ für den kritischen Diskurs.

(siehe Bericht Seite 6-9)

epd medien Nr. 75 vom 25. September 2004:

Bönte fordert gesellschaftliche Debatte über Rundfunk

Der stellvertretende Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, Andreas Bönte, hat eine breite gesellschaftliche Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gefordert. Die Gesellschaft müsse sich darüber klar werden, was ihr der öffentlich-rechtliche Rundfunk wert sei, sagte Bönte am 18. September bei einer Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. In dieser Debatte müsse aber auch darüber gesprochen werden, wo die Grenzen der Privatsender seien.

Bönte sagte, die Medienpolitiker hätten sich in der Frage, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk leisten sollte, bislang zurückge-

halten. Die öffentlich-rechtlichen Sender hätten den Anspruch, für die gesamte Gesellschaft zu senden. Sie dürften sich nicht auf gesellschaftliche Randthemen reduzieren lassen, weil die Zuschauer sich sonst fragten, wozu sie überhaupt Gebühren zahlen sollten.

Hans-Jürgen Jakobs, Leiter der Medienredaktion der „Süddeutschen Zeitung“, kritisierte, die öffentlich-rechtlichen Sender hätten sich „jahrlang darum gedrückt, ihren Auftrag zu definieren“. Dass ein System wie das öffentlich-rechtliche in Deutschland mit knapp sieben Milliarden Euro jährlich von der Allgemeinheit bezahlt werde, sei keine Selbstverständlichkeit. ...



Andreas Bönte: „Hintergrund geht verloren.“

Diemut Roether in: epd medien Nr. 75 vom 25. September 2004:

„Glotzbedürfnis“

Fernsehen: böse und kulturlos

„Dass Fernsehen dafür aber viel mit der Geschichte jedes Einzelnen zu tun hat, wurde deutlich, als Karl Otto Saur zu Beginn der Tagung über seine Medienbiografie plauderte. Der einstige Leiter der Medienredaktion der „Süddeutschen Zeitung“ erzählte, wie er in den Sechzigern – wie die meisten wohlmeinenden Menschen in seiner Umgebung – Fernsehen „böse, kulturlos und schrecklich“ fand und wie er dann in den Siebzigern über Fernsehen „reden und sogar schreiben durfte, ohne es selbst gesehen zu haben“.

Doch dann habe er gelernt, die Glotze zu lieben. Mit Hilfe Eberhard Fechners unter anderem, dessen Film „Nachrede auf Klara Heydebreck“ ihm die besondere Qualität dieses Mediums vor Augen führte: Die „langsame und genaue Beobachtung“, die aber – wie Saur gleich hinzufügte – heute, wegen der Beschleunigung des Mediums, gar nicht mehr möglich wäre.

„Vor dem Aufkommen der Privatsender war das öffentlich-rechtliche Fernsehen noch ganz allein schuld an der beklagten Verluderung, und auch damals wurden Tabus gebrochen. Man denke nur an die durchsichtige Bluse einer Kandidatin in Dietmar Schönherrs und Vivi Bachs Familienshow „Wünsch dir was“. Auch das Fernsehen in seiner gemäßigten öffentlich-rechtlichen Form bot – so belegen es damalige Reaktionen – Anlass zu Ekel, Abscheu und Empörung.

Die Vervielfachung der Sender

Ob den Politikern, die Anfang der Achtziger für das Privatfernsehen stritten, klar war, welche Geister sie damit

riefen? Seit dem Urknall, wie der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel den Sendebeginn von (damals noch) APF und RTL Plus nannte, hat sich die Zahl der Fernsehsender vervielfacht: Konnten die deutschen Fernsehzuschauer 1985 im Schnitt zehn Sender empfangen, so sind es heute 40. Die Grafiken, die Udo Michael Krüger, Leiter des Instituts für empirische Medienforschung (IFEM) in Köln, vorsah, zeigten deutlich, wie viel sich in den vergangenen zwanzig Jahren geändert hat: 1985, im zweiten Jahr der Privatsender, erreichten ARD und ZDF jeweils noch 43 Prozent Marktanteil, 2003 erreichten sie 14 bzw. 13 Prozent.

Doch die häufig vertretene These, die öffentlich-rechtlichen Sender hätten sich den privaten angeglichen und umgekehrt, lässt sich nach Krügers Meinung nicht halten: Sendeten die öffentlich-rechtlichen Sender von ARD und ZDF 1985 noch zu 60 Prozent Unterhaltungsprogramme und zu 36 Prozent Informationssendungen, so habe sich das Verhältnis deutlich zu Gunsten der Information verschoben: 46 Prozent der Sendungen seien informativ, 51 Prozent unterhaltenden Charakters. Auch für die Privaten sei die Information im Laufe der Zeit wichtiger geworden: 1985 hätten die Programme von Sat.1 und RTL zu 78 Prozent aus Unterhaltung und zu 15 Prozent aus Information bestanden. 2003 seien es 22 Prozent Information und nur noch 55 Prozent Unterhaltung gewesen. Die Werbung habe 18 Prozent des Programms ausgemacht.

Volker Szezinski, stellvertretender Programmgeschäftsführer von Sat.1, behauptete gar, 30 Prozent des Programms von Sat.1 bestünde aus Informationssendungen, doch hier zeigt sich wieder einmal die Tücke der Statistik:

Szezinski rechnete die Werbung offenbar heraus, schon steht die Information wieder ein bisschen besser da. Sat.1, bislang nicht gerade für seine Informationssendungen bekannt, hat gerade mal wieder eine neue „Informationsoffensive“ gestartet. Mit der letzten war



Volker Szezinski: Einziger Vertreter der Privatsender

Heinz Klaus Mertes Anfang der Neunziger in diesem Sender gescheitert. Die Nachrichtensendungen müssten „relevanter“ werden, betonte Szezinski.

„Prollfernsehen“

Szezinski war der einzige Vertreter eines privaten Senders, der zu der Tagung über den Dualen Rundfunk nach Tutzing gereist war, und musste sich daher stellvertretend für alle anderen prügeln lassen. Denn dass vor allem die Privaten schuld seien an dem Schmutz und Schund, der im Fernsehen zu sehen ist, darüber bestand weitgehend Einigkeit. In der Diskussion über das „Prollfernsehen“, in dem ganz normale Menschen zu Protagonisten werden, spiegelte sich eine ähnliche Zuschauerverachtung wie sie aus den Argumenten der Fernsehredakteure spricht, wenn sie schlechtes Programm damit verteidigen, dass „die Leute das sehen wollen“ ...



Heinrich Oberreuter (Hrsg.)

Der versäumte Wechsel

Eine Bilanz des Wahljahres 2002

OLZOG-Verlag 2004, 236 Seiten, Paperback

Euro 19,80, ISBN 3-7892-8149-2

Der versäumte Wechsel 2002 – kaum ein Wahlausgang war so knapp und nur selten eine Kampagne so spannend. Der Regierung ist es erst auf der Zielgeraden gelungen, einen Umschwung herbeizuführen, unterstützt von unvermuteten Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen. Aber diese Veränderungen haben nicht alleine den Ausschlag gegeben, sondern auch die ungleich verteilten Fähigkeiten, mit ihnen umzugehen. Von den Kandidaten obsiegte der eine als Kompetenz-, der andere als Sympathieträger. Das Meinungsklima blieb diffus und widersprüchlich. Beide großen Parteien landeten im Patt. Der Opposition war es nie gelungen, sich im Bewusstsein der Wähler als bessere Alternative zu etablieren.

Das Wahljahr 2002 sah besonders akzentuierte Wahlkampfkonzepte. Themenwechsel und Kandidatenprofile. Nicht zuletzt strömte am Schluss alles auf die Fernsehduelle als neues Element der Kampagne zu. Medieneinwirkungen, Bestimmungsgründe des Wählerverhaltens, ihre Auswirkungen auf Stabilität und Wandel des Parteiensystems – all dies sind Gegenstände der hier versammelten Analysen.

Jürgen Weber

Germany 1945 – 1990
A Parallel History

First published in German as *Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945* by Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München in 2002.

English edition published in 2004 by Central European University Press. www.ceupress.com

Translation by Nicholas T. Parsons

Pages 290, Dollar 44,95, ISBN 963 9241 70 9 cloth

JÜRGEN WEBER

GERMANY 1945 – 1990

parallel history

This book offers lively description and convincing interpretation of the most significant events, crises and ongoing themes in German history from the end of the Second World War up to the present. The chronologies that accompany each chapter record the most important dates, facts and names occurring in the narrative. Jürgen Weber's text supplies the reader with a combination of vivid descriptive history, easily absorbed chronology, and a reliable reference work for the parallel lives of the two Germanies, a product of the Cold War.

Weber describes in a clear and reader-friendly manner the history of Germany since 1945. The narrative begins with the period of the allied occupation and progresses through the diverse developments in East and West Germany up to the Federal Republic of today. The most important events, crises and ongoing themes of the last fifty years are not only succinctly and vividly presented and interpreted, they are also placed in the context of international political developments. Each chapter is accompanied by a chronology featuring the most significant dates and facts relating to the period it covers. The last chapter gives a summary of what happened after 1990 and on present and future political problems of German reunification.

Werner Müller schreibt in: DAS PARLAMENT Nr. 39 vom 20. September 2004
Innenansichten zweier deutscher Diktaturen
NS-Regime und SED-Herrschaft

In jüngerer Zeit mehrten sich die Stimmen, die die Einbettung der DDR-Forschung in eine Vergleichsdimension fordern. Das könnte in zwei Richtungen geschehen: die Geschichte der DDR zum einen in der Gegenüberstellung mit den übrigen ehemals „sozialistischen Bruderländern“, zum anderen in ihrer beständigen und unausweichlichen Konkurrenz zur Bundesrepublik. Schon das macht deutlich, dass der von Günther Heydemann und Heinrich Oberreuter herausgegebene Band in eine nicht widersprüchsfreie, aber gleichwohl nicht gerade dicht besetzte Forschungslandschaft fällt. Der Dimension des Problems angemessen, setzen sich einleitend Heydemann und Detlev Schmieden-Ackermann intensiv mit theoretischen, forschungspraktischen und methodischen Fragen komparativer Diktaturforschung auseinander. Sie plädieren für eine Verzahnung der totalitären Intentionen der Träger der Diktatur und der jeweiligen lebensweltlichen Praxis, der Herrschaftsrealität, also zum beständigen Blick auf die „Grenzen der Diktatur“. Mit Rückgriff auf Denk-Traditionen Hannah Arendts und Sigmund Neumanns werden kenntnisreich und souverän die Argumente für und wider eine vergleichende Betrachtung von NS-Regime und DDR erörtert.

Die 18 folgenden Einzelbeiträge handeln ein breites Spektrum ab: von Herrschaftserrung und -alltag, von Justiz und Geheimdiensten, Erziehung und Hochschulen, Betrieben und Gewerkschaften, Kirchen sowie Medien und Öffentlichkeit. Ein derartiger Sammelband,

*Günther Heydemann / Heinrich Oberreuter (Hrsg.)
Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte.
Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen.
Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung,
Band 398. Bonn 2004, 589 S., Bestellung: info@bpb.de*

der methodisch und systematisch Neuland beschreitet, kann naturgemäß das schwierige und weite Feld der Diktaturen in Deutschland nicht annähernd oder großräumig abdecken. Dass Einzeluntersuchungen zu Mikro- und Meso-Ebene dominieren, kennzeichnet letztlich auch den Forschungsstand.

... Insgesamt liegt hier ein aspekte- und facettenreicher, abwägend urteilender Band vor, der hoffentlich zu vielen Folgeuntersuchungen Anlass geben wird. Einzig eine Art Bilanz oder einen Ausblick auf weitere Forschungsperspektiven hätte man sich am Schluss noch gewünscht.

Udo Scheer schreibt in der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 21. Juni 2004:
Fremdgesteuert
Seit 15 Jahren sind die Stasi-Akten geöffnet: Eine Zwischenbilanz

Zweifellos könne man der DDR-Opposition der achtziger Jahre programmatische und strategische Schwächen diagnostizieren; doch mit der Auflösung der Staatssicherheit und Sicherung ihrer Aktenbestände haben die Bürgerrechtler bemerkenswerte Konsequenz bewiesen – das notiert Ehrhart Neubert, der heute die Abteilung Bildung und Forschung der Gauck-Behörde leitet, mit einiger Bescheidenheit.

Tatsächlich stellt der Erhalt dieses einzigartigen Fundus zur Diktatur- und Geheimdienstforschung, seine ohne Sperrfristen und gegen politische Widerstände durchgesetzte Offenlegung eine weltweit einmalige Leistung dar. Fünfzehn Jahre nach der Besetzung der MfS-Dienststellen durch couragierte Bürgerrechtler legen der Historiker Jürgen Weber und Siegfried Suckut, Leiter der Abteilung Bildung und Forschung in der

Birthler-Behörde (Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik), eine Zwischenbilanz zur Bedeutung der Aktenöffnung in einem Sammelband

*Siegfried Suckut, Jürgen Weber (Hrsg.)
Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte.
Eine Zwischenbilanz.
München, Olzog Verlag, 2003,
ISBN 3-7892-8135-2, 338 S., Euro 19,80*

vor und geben einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der so untypischen wie vielfach unerwünschten Behörde. Zudem bietet der Band informative Beiträge zur Opposition und zum aktuellen Forschungsstand über das MfS. ...

Martin Jander schreibt in: H-Soz-u-Kult vom 29. Juli 2004:

... Die DDR-Bürgerrechtsbewegung... setzte im Prozess der Vereinigung beider deutscher Staaten – gegen viele Widerstände aus der Ex-DDR und der alten Bundesrepublik – ihre Vorstellung einer Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und einer weitestgehenden Öffnung der Akten für die Opfer des Regimes letztlich durch.

Das vorliegende Buch trägt die entscheidenden Fakten dieses Prozesses zusammen und macht einige davon – gut brauchbar für die politische Bildung – rasch und übersichtlich verfügbar. ...

Sehr erfreulich ist, dass zumindest einige Autoren dabei kein Blatt vor den Mund nehmen und damit den noch immer anhaltenden Charakter der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit deutlich machen. Wolfgang Ullmann z.B. benennt aus seiner Sicht

Defizite und Weiterungen, die sich durch die genaue Kenntnis der Akten mittlerweile ergeben haben. Ullmann benennt (1) die „Frage nach der demokratischen Legitimität und Effektivität von Geheimdiensten überhaupt“, (2) die Fragen einer angemessenen Entschädigung und Rehabilitierung der Opfer (3) und die angemessene Aufarbeitung von Themen wie Menschenrechtsverletzungen im Namen und Auftrag von kommunistischen Opfern des deutschen Nationalsozialismus. ...

Vielleicht ist es ja für ein Resümee der verschiedenen Aspekte der Aufarbeitung der SED-Herrschaft und der Rolle und Bedeutung der Akten des MfS in diesem Prozess noch zu früh. Nicht umsonst beanspruchen die Herausgeber des Bandes auch nur, eine „Zwischenbilanz“ zu präsentieren.

Klaus Schroeder stellte das Buch im Deutschland Radio (Sendung Buchtipp) am 11. Juli 2004 vor:

Das vorliegende Buch... rekonstruiert die Entstehungsgeschichte der Aktenbehörde und versucht, eine Zwischenbilanz ihrer Arbeit zu ziehen. Im Fokus steht dabei die Frage, ob und in welchem Maße sie zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte beigetragen hat. Die meisten Autoren waren oder sind bei der Behörde beschäftigt oder haben ihre Entstehung aus unmittelbarer Nähe miterlebt oder mitgestaltet. Joachim Gauck, der sie neun Jahre lang umsichtig leitete, erinnert mit bewegenden Worten an die erste Einsichtnahme prominenter DDR-Oppositioneller in ihre Akten: „Dass Erinnern eben nicht nur bedeutet, etwas Vergangenes neu zu wissen, sondern eben auch, es neu zu fühlen. Wobei viele, als sie Unterdrückung zu erleiden hatten, ihre Gefühle abgetötet hatten, um hart zu werden. Mancher fand so erst jetzt die authentischen Gefühle von Zorn, Wut, Scham und Trauer und antwortete so im Nachhinein auf die damalige Lebenssituation.“

Seine Nachfolgerin Marianne Birthler begreift die Stasi-Hinterlassenschaften nicht nur als Dokumente eines riesigen Unterdrückungsapparates, sondern zugleich als ideologisch motivierten Versuch der Kommunisten, der Wirklichkeit ihre Ideologie aufzustülpen. So zeugen die schriftlichen Hinterlassenschaften der Stasi auch von ihrem Wirklichkeitsverlust. Wolfgang Ullmann, einer der maßgeblichen Vertreter der DDR-Opposition im Herbst 1989, weist in seinem Beitrag darauf hin, dass die Veröffentlichung der Stasi-Unterlagen den ehemaligen Machthabern ihr Herrschaftswissen entrissen und damit zu ihrer Entmythologisierung und Delegitimation beigetragen hat. ...

Die Akten lieferten aber auch an anderen Stellen wichtige Informationen. Die juristische Aufarbeitung der SED-Herrschaft konnte, wie der bei der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität als Abteilungsleiter beschäftigte Bernhard Jahntz berichtet, auf die Materialien des MfS zurückgreifen. ...

Johannes L. Kuppe schreibt in : DAS PARLAMENT vom 20. September 2004:

Es ist kein Ende abzusehen. Die Geschichte des Staatssicherheitsdienstes der DDR wird uns noch lange beschäftigen. Seine Akten, soweit sie erhalten geblieben und nicht von interessierter Seite beiseite geschafft oder vernichtet wurden, verwaltet in Berlin der „Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“, gemeinhin bekannt als „Gauck-Behörde“. Jetzt wird zum ersten Mal systematisch und zusammenhängend über die Entstehung, den Auf- und Ausbau, die Arbeitsweise, über Aufgaben, Probleme und Arbeitsergebnisse dieser Behörde berichtet und (Zwischen-)Bilanz gezogen.

Eine staatliche Behörde mit immerhin 2.600 Beschäftigten muss aufklären, welchen Nutzen sie für die Gesellschaft erwirtschaftet, zumal wenn sie nicht im Mittelpunkt öffentlichen Interesses steht. Die 17 Autoren, überwiegend Mitarbeiter der Behörde, haben diese Aufgabe mehr als zufriedenstellend erledigt. Damit wird zugleich dokumentiert, in welch starkem Maß sich der deutsche Staat bei der Aufarbeitung dieses Teils der jüngsten deutschen Geschichte engagiert, verglichen etwa mit einigen unserer osteuropäischen Nachbarn, wo die Akten der früheren kommunistischen Repressionsapparate faktisch unter Verschluss gehalten werden. ...

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Januar

1-1* 3. – 5. Januar

Sozialstaat als Auslaufmodell? – Positionen und Kontroversen der Reformpolitik

Tagung mit der Vereinigung der landwirtschaftlichen Auslandspraktikanten

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

2-2 13. Januar

Bilder vom Anderen

Auf welche Vorstellungen von Migration treffen Heranwachsende in Medien?

In Zusammenarbeit mit dem JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis und dem Sozialreferat der Landeshauptstadt München

Außenveranstaltung im Sozialreferat der Landeshauptstadt München

Orleansplatz 11, 81667 München

Leitung: Michael Schröder/Helga Theunert/Margarete Spohn

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

3-1* 17. – 18. Januar

Europäische Integration

Seminar für Studenten der Hochschule für Politik

Leitung: Michael Piazzolo

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

3-2 20. – 22. Januar

Was nun Amerika? US-Politik nach der Wahl

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

4-1* 24. – 28. Januar

Herrschaft und Alltag in der SED-Diktatur

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

4-2 24. – 28. Januar

Die Kunst des Fragens – Interviewtraining für Volontäre

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und

Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Heike Bäuerle

H.Baeuerle@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Februar

5-1* 31. Januar – 2. Februar

Den Sozialstaat und die soziale Arbeit neu denken?

Tagung mit dem Deutschen Berufsverband Sozialarbeiter,

Sozialpädagogen und Heilpädagogen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

5-2* 31. Januar – 4. Februar

Globalisierung und Bevölkerungsentwicklung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe/Eva Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

6-2 11. – 13. Februar

Macht ohne Verantwortung? Der Einfluss internationaler Konzerne auf die Politik

Leitung: Peter Hampe/Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

7-3 14. – 17. Februar

Schülerforum Politik: Der israelisch-palästinensische Konflikt

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

7-2 18. – 19. Februar

15 Jahre deutsche Einheit – Illusionen, Realitäten, Erfolge

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

8-1* 21. – 25. Februar

Aktuelle Tendenzen der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

8-3 25. – 27. Februar

Umzingelt von der „Meute“? Politikgestaltung in der Mediokratie

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen

Leitung: Heinrich Oberreuter/Michael Schröder/Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

9-1* 28. Februar – 2. März

India – the giant who speaks English

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Saskia Hieber/Anton Winkelmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

9-5 2. März

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

9-3 3. – 5. März

Die neue EU: Internationaler Erfahrungsaustausch im Jahr nach der Erweiterung

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie -Tutzing,

der Südosteuropa-Gesellschaft - München, der Vertretung der

Europäischen Kommission - München, der Deutschen Welle - Köln

und der Vereinigung Europäischer Journalisten

Leitung: Peter Hampe/Martin Held/Johanna Deimel/Paul J.Kubosch/Bernd Johann/Juraj Alner

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

10-1* 7. – 11. März

Flucht und Vertreibung als Epochenphänomen des 20. Jahrhunderts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

10-2* 7. – 9. März

Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland

– liegt die Antwort in Europa?

Tagung mit dem Bildungswerk der ver.di in Bayern e.V.

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

11-1* 14. – 18. März

Weichenstellungen: Deutschland in der Nachkriegszeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe/Eva Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

April

14-1* 4. – 6. April

Neue Wege des Sozialkundeunterrichts

Seminarlehrer/innen am Gymnasium und an Realschulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

14-5* 4. – 6. April

Grundfragen der Staatsbürgerlichen Bildung

Seminarlehrer/innen für Staatsbürgerliche Bildung am Gymnasium

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

April

14-2* 6. – 8. April

Grundfragen der Politischen Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Siegfried Münchenbach/Alexander Ohgke/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

14-3 8. – 9. April

Quo vadis Europa? Gedanken zur Finalität der Europäischen Union

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

14-4 10. – 12. April

Radio-Workshop für Lokalradiojournalisten

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Michael Schröder/Berthold Flöper

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

15-1* 11. – 15. April

Die Wiedervereinigung Deutschlands: Ein missglücktes Wunder?

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe/Eva Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

15-3 15. – 17. April

Ökosteuer wohin? Ökologische Finanzreform und Emissionshandel in Europa

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Ökologische Steuerreform“

Leitung: Peter Hampe/Karl-Heinz Willenborg/Anselm Görres

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

16-1 22. – 23. April

8. Mai 1945: Folgen der Katastrophe – Chancen des Neubeginns

Leitung: Jürgen Weber/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

17-1* 25. – 29. April

Wirtschafts- und Sozialpolitik aktuell

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe/ Günter Grunick

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

17-2 29. April – 1. Mai

Vision und Wirklichkeit – Utopien im Spielfilm

In Zusammenarbeit mit der LAG Film Bayern

Leitung: Michael Schröder/Walter Stock

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Akademie für Politische Bildung
Postfach 220, 82323 Tutzing
Pressesendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter referierte in München über die Föderalismusreform, in Vaterstetten über den Widerstand des 20. Juli 1944, in Krailling über Demokratie und Vertrauen. In der Evangelischen Akademie sprach er anlässlich der South Africa Consultation über „Loss of homogeneity in culture – all societies are becoming pluralistic societies“ und diskutierte auf einem Panel „Kritik in aller Freundschaft!“ Das derzeitige Amerikabild der Deutschen“. Beim Tutzinger Sonntagsgespräch diskutierte er mit Helmut Matiasek über „Theater ist Politik – Politik ist Theater“. Anlässlich der internationalen Hochschulwoche sprach er über „West-europäische Leitbilder der Moderne“ und beim Kongress „Abenteuer Bildung“ der Bundeszentrale in Paderborn zum Thema „Quo vadis politische Bildung“. In Osnabrück leitete er die gemeinsame Sitzung der Sektionen für Staatsrecht und Politikwissenschaft der Görres-Gesellschaft über Menschenwürde.

KURATORIUM

Jakob Deffner, ehemaliger Vorsitzender des DGB-Bayern und langjähriges Mitglied des Kuratoriums, beging am 8. Dezember 2004 seinen 75 Geburtstag. Die Akademie gratuliert und dankt herzlich für Verbundenheit und guten Rat. Ad multos annos.

Prof. Dr. Gerhard Fuchs, Fernsehdirektor, wurde vom Landtagspräsident Alois Glück mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

..... Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing

Prof. Dr. Peter Hämpe hat auf einer Veranstaltung der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung im Kloster St. Marienthal (Oberlausitz) über die Ursachen der Krise am deutschen Arbeitsmarkt referiert und gemeinsam mit dem sächsischen Wirtschaftsminister Gillo über die Zukunft der Erwerbsarbeit in der Oberlausitz diskutiert.

Dr. Michael Piazolo hielt Vorträge zum Thema „Beitritt der Türkei zur EU“ in München und Aubing. In Berlin sprach er über mögliche Demokratiedefizite und Legitimationsmängel im politischen System der EU. Im Rahmen seines Lehrauftrages an der Hochschule für Politik gibt er im Wintersemester einen Grundkurs zum Thema „Europäische Integration“.

Dr. Michael Schröder sprach im Goethe-Institut München im Rahmen einer internationalen Deutschlehrertagung über das Thema „Reformland Deutschland?“.

*Der Direktor und alle MitarbeiterInnen
und Mitarbeiter der Akademie
wünschen allen Lesern des
Akademie-Reports,
allen Freunden und Gästen unseres Hauses
ein frohes Weihnachtsfest und
ein glückliches Neues Jahr.*